

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Fürststr. 4/6, durch die Subskriptions-Expedition: Neue Graupenstr. 3, durch die Anzeigen-Expedition: Dittlischstr. 140, sowie durch alle Anzeigen-Expeditionen im Voraus zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu beziehen wöchentlich 10 Goldpfennige, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.25 Goldmark.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Dresden 2**
Verlags- und Geschäftsstelle: **Ring 1206, Redaktion Ring 9142.**
Postfach-Konto: **Postfach-Amt Dresden Nr. 5852.**

Anzeigenpreis: 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 100 W. Stellenangebote 10 Pf., Sammlungsanzeigen, Stellensuche, Vereins-, Verfallungs- und Wohnungsanzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Fürststr. 4/6) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Der niederschlesische Reichsratsvertreter, die Fürstenabfindung und das Zentrum.

Im Reichsrat, der am Donnerstag nachmittag zum Sperrgesetz in Sachen der Fürstenabfindung Stellung nahm, bestritt der bairische Gesandte im Auftrage seiner Regierung die Reichskompetenz für die Regelung der Verhältnisse der ehemaligen Fürstentümer. Bayern werde durch das Sperrgesetz nicht berührt und enthalte sich der Stimme. Dieser Erklärung schlossen sich die Vertreter von Braunschweig und Westfalen-Schwerin an. Mit 49 gegen 4 Stimmen beschloß der Reichsrat, keinen Einspruch gegen das Sperrgesetz zu erheben. Dagegen stimmten die preussischen Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Niederschlesien.

Niederschlesien ist im Reichsrat bekanntlich auf Grund eines Kompromisses zwischen Zentrum und Reichsparteien (Gegenleistung: Dr. Heuschels Bürgermeisterposten) durch einen deutschnationalen Vertreter. Nur ganz wenige zurückgebliebene Mitglieder des Reiches haben gegen die selbstverständliche Forderung gestimmt, daß die Fürsten wenigstens während der Beratung über ihre Abfindung oder Enteignung nicht weitere Teile ihres angeblichen Vermögens verschleiben dürfen. Der niederschlesische deutschnationale Vertreter gehört zu diesen Schützen fürstlicher Schleichungen und das Zentrum kann sich bei ihm für diese Sabotage jeden Ausgleichsversuches bedanken.

Man kann nach diesen Erfahrungen wirklich gespannt darauf sein, ob die Zentrumspartei durch ihre Vertreter im Provinzialausschuß jetzt wiederum einen deutschnationalen in den Reichsrat senden will. Das wäre diesmal um so auffälliger, als von sozialdemokratischer Seite das Angebot vorliegt, einem Mann des Zentrums selbst unter gewissen Sicherungen für die Stellvertretung des Reichsratsmandats zu übertragen. Wie werden alle bald erfahren, ob Dr. Heuschels Liebe zu den Deutschnationalen so weit geht, daß er lieber einen Mann der Rechten als einen seiner eigenen Parteifreunde zum Vertreter der Provinz im Reichsrat machen will.

Verhaftung des Mörders Schottländers?

Aus Berlin wird gemeldet: Der frühere Oberleutnant v. Panwitz, einer der durch Stiefbrüder des Berliner Polizeipräsidenten geführten Fememörder, ist jetzt auf polnischem Gebiet unter dem Verdacht der Spionage festgenommen worden. Panwitz alias „Freier von Bergen“ war einer der Führer im Arbeitskommando Döberitz des Herrn v. Serden und genoss das besondere Vertrauen des berüchtigten Kommandanten der Schwarzen Reichswache, Oberleutnant Schulz. Als der Kämpfer Schulz erschossen war, tauschte Panwitz in Schwernin auf und beteiligte sich an dem Fememord gegen den Schwarzen Reichswachmann Bayer. Der Boden in Mecklenburg wurde ihm aber bald zu heiß; er verzog nach Oberschlesien und trat schließlich in den polnischen Teil Schlesiens über. Nun wurde er unter dem Verdacht, zugunsten Deutschlands Spionage in der polnischen Armee getrieben zu haben, im Verlauf einer „Reserveübung“ verhaftet. Jugendwelche Aufträge von einer deutschen Behörde hat Oberleutnant v. Panwitz, wie wir erfahren, nicht gehabt. Ein Auslieferungsantrag ist bis jetzt noch nicht gestellt worden, da die deutschen Behörden über die Festnahme offiziell noch nicht unterrichtet sind. Außer der Beteiligung bei dem Mord an Bayer wird dem Fememörder Panwitz u. a. die Mittäterschaft bei dem Mord an dem Feldwebel Greif, an dem Feldwebel Wilms und vor allem an dem USR-Redakteur Genossen Schottländer in Breslau zur Last gelegt.

Richthofen-Boguslawitz

Begründet seine Mandatsniederlegung jetzt in Landbündreden, in denen er die Mißtrauenserklärung der Deutschnationalen gegen das Kautschukministerium bedauert. Der schlesische Mitarbeiter eines Berliner Demokratenblattes sieht darin die Bekräftigung dieses besonders leichtfertigen Demagogens zu sachlicher Politik! Wir finden nichts anderes darin als einen Ausbruch der Kreditnot der Landbündler, die gegenwärtig auf keinen Fall schlicht mit der Reichsregierung stehen wollen. Sobald er freie Hand hat und gar noch Vorherrscher von Demokratenblättern einleiten konnte, ist gerade Richthofen sicher wieder besonders in Wirtschaftsjahren so demagogisch und reaktionär wie nur irgendeiner seiner Parteifreunde.

Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit überschritten?

Das Reichsarbeitsministerium gibt die Zahl der unterkündigen Erwerbslosen für den Stichtag des 1. Februar mit 2.630.000 gegenüber 1.767.000 am 15. Januar 1926 an. Darunter befinden sich 1.773.000 männliche (am 15. Januar 1.155.000) und 857.000 weibliche (am 15. Januar 212.000). Die Zahl der Zwangsangehörigen steigerte sich für die Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar 1926 von 2.090.000 auf 2.359.000. Die Statistik erfaßt zum ersten Mal auch die arbeitslosen Angehörigen. Die Zahl dürfte sich allein dadurch um mindestens 90.000 bis 110.000 gesteigert haben. Außerdem ist das Endergebnis der statistischen Erhebung dadurch ungünstig beeinflusst worden, daß sich die Untersuchungszeit von 28 auf 39 bzw. 52 Wochen verlängert hat. Im ganzen ist nach den Meinungen der Konjunktur-Schätzer damit zu rechnen, daß die Verschärfung auf dem Arbeitsmarkt ungefähr am 1. Februar ihren Höhepunkt erreicht hat. Damit stimmt überein, daß die einzelnen Landesarbeitsräte für den bisherigen Verlauf des Monats Februar einen, wenn auch geringfügigen Rückgang der Arbeitslosen zählen werden.

Kritik an Reinhold.

Ein sozialistisches Finanz- und Wirtschaftsprogramm.

Die kluge aber gegenüber dem Besitz überaus rücksichtsvolle Programmrede des neuen Reichsfinanzministers Reinhold hat gestern im Reichstag scharfe und zum Teil überlegene Kritik gefunden. Nicht gewachsen war den Reichsholdischen Ausführungen der deutschnationale Herrg, der einerseits seinen Parteifreund, den vorigen Finanzminister v. Schlieben, zu verteidigen, andererseits aber Reinholds Kurswechsel gegenüber den Deutschnationalen doch auch wieder als deutschnationale Unregung hinzustellen suchte und damit von der großen Mehrheit des Reichstages nur noch ausgelacht wurde. Die deutschnationale Demagogie mit dem Dawesabkommen, die immer noch das von der Hälfte der eigenen Fraktion angenommene Geiz als Landesverrat der anderen Parteien hinstellt, aber unsoziale Maßnahmen mit ganz merkwürdig konstruierten Rücksichten auf die Durchführung dieses selbst „Landesverrats“ begründet, zerplückte dann in einer glänzenden Rede voll überlegener wirtschaftstheoretischer Einsicht und Kenntnis der Tatsachen unser Fraktionsredner Hilferding. Er zeigte wieder einmal, daß die unsoziale Verbrauchssteuerverhöhung der letzten Reichsregierung die Daweslasten ganz unnötig erhöht hat und ging dann auch sachlich aber scharf mit den Halbwahrheiten Dr. Reinholds ins Gericht. Preisabbau sei durch Steuerabbau nicht garantiert, ehe nicht Zollabbau dazu käme, da so lange die ersparten Steuern von den Unternehmern geschluckt werden können. Vermögenssteuerabbau bedeutet Gefährdung der sozialen Leistungen und wird von uns abgelehnt. Mit diesen Grundrissen war die Linie gegenüber Dr. Reinhold schon gezogen. Hilferding blieb aber bei der Kritik nicht stehen, sondern zeigte andere Einsparungsmöglichkeiten, vor allem bei der Reichswehr und dann in der einzigen deutschen Verwaltungsreform, die gründlich sein kann: der Schaffung des Einheitsstaates unter Abbau der Länderhoheit, aber Erweiterung der gemeindlichen Selbstverwaltung. Nur vom Einheitsstaat her werde auch die demokratische Kontrolle durch die arbeitende Klasse die Reichspolitik schließlich zur Kontrolle der Privatwirtschaft ausbauen, die an die Stelle der heutigen Kontrolle des Privatkapitalismus über das Reich zu treten habe. Das klingt gegenüber dem heutigen Stand der Dinge schon wieder revolutionär, begründet aber sofort auch Gegenwartsforderungen, als deren wichtigste Hilferding ein großzügiges Wohnungsbauprogramm des Reiches unter ausschließlicher Verwendung der Hauszinssteuer zu sozialen Bauzwecken entwickelte.

Freilich ist es ja nicht das erste Mal, daß von sozialdemokratischer Seite diese Forderung erhoben wird. Wie steht es mit den Aussichten ihrer Verwirklichung? Der Zentrumsredner, von dem die Mehrheitsbildung im Reichstag abhängt, war noch vorsichtiger als der Reichsfinanzminister, dem er in Einzelpunkten zustimmte, in anderen widersprach. Vom deutschen Einheitsstaat will er nichts wissen, sondern das Zuschlagsrecht der Länder noch erweitern. Beachtlich erscheint sein Vorstoß gegen den Reichskohlenkommissar, gegen dessen Vertretung von Sonderinteressen wir in Schlesien besonders viel auf dem Herzen haben. Der Volksparteiler will neue Einnahmen aus der Reichspost herausheben und mit der Hauszinssteuer jeden öffentlichen Wohnungsbau streichen. Die weiteren Redner kommen erst heute zu Wort. Man kann feststellen, daß diese Staatsdebatte im ganzen eine gewisse Entwicklung des deutschen Parlamentarismus aufweist, indem sie die entscheidenden Fragen der Reichspolitik wirklich zur Behandlung bringt. Wie weit aus den Worten Laten werden, wie weit die hohe Bürokratie aus den undurchsichtigen Mehrheitsverhältnissen des Reichstages noch Möglichkeiten findet, sich der Kontrolle und Führung durch die Volkvertretung zu entziehen, wird nach solcher Aussprache wenigstens nicht allzu lange verborgen bleiben können.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Reichshaushaltplanes für das Rechnungsjahr 1926. Abg. Herrg (Dnat.) beginnt mit der Forderung, eine wichtige Finanzpolitik zu treiben. Damit stehe aber der Plan

des neuen Finanzministers in Widerspruch. Die versprochenen Steuerermäßigungen würden ihm allerdings Popularität verschaffen, aber bei dem bisherigen System, das auch für die Zukunft sorgte, habe man doch sicherer gelebt. Der Minister habe zwar einige schöne Grundzüge aufgestellt, aber es scheine doch, als wenn sie nicht ganz seiner Ueberzeugung entsprächen. Der Gedanke, den Steuerzahlern zu helfen, sei ganz richtig, aber er sei in der jetzt vorgetragenen Form nicht zu wenigen Kautelen umgeben. Wenn von einer unzulässigen Häufung der Steuerkapitalien gesprochen werde, so dürfe sich dieser Vorwurf nicht gegen den bisherigen Finanzminister, sondern gegen die Regierung von 1924 (Heiterkeit bei den Regierungsparteien) richten. Die jetzige Reaktion sei doch nur eine Wiederholung der damaligen Reaktion. Die Regierung von 1925 habe nur die Verteilung der Steuerüberschüsse vorgenommen und dann sei doch auch die Ermäßigung der Umsatz- und der Lohnsteuer erfolgt. Große Heiterkeit erregt es, als der Redner behauptet, auch die neue Ermäßigung der Umsatzsteuer gehe auf deutschnationale Anregung zurück.

Abg. Herrg führt weiter aus, daß der von dem Reichsfinanzminister getriebene Kursfall durch die Ermäßigung der Umsatzsteuer etwa 100 Millionen größer sein werde. Der Schaden, der dadurch angerichtet werde, könne aber später nicht wieder gutgemacht werden. Die Zuschläge für die Gemeinden würden die zu erwartenden Ausfälle nicht wieder gutmachen. Das werde eine weitere Unzufriedenheit in dem Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden schaffen. Das zu erwartende Defizit werde durch andere Einnahmen nicht zu decken sein. **Deutschnationale Widerspruch:** Abg. Herrg, als er behauptet, der Reichsfinanzminister lehne mit keinem Wort die Art an die Wurzel des parlamentarischen Systems. Aber hier könne der Redner sagen: Herr Hauptmann, gehen Sie voran, wir folgen nach. (Beifall bei der Dnat.) Der Erhöhung der sozialpolitischen Lasten würden keine Freunde nicht zustimmen. Wenn erst einmal Zugeständnisse gemacht werden, dann würde bald ein Sturz aller Interessenten auf den Reichstag erfolgen. Der Redner bezweifelt dann, ob die Hoffnungen des Reichsfinanzministers auf Erhöhung der Ueberhöflichkeit in den Wirtschaftsbetrieben, besonders bei der Post, in Erfüllung gehen würden. Es werde eine unsoziale Finanzgebarung entstehen, dann die Auslandsanleihen, die Verirren des Auslandes zu Deutschland! (Stürmische Heiterkeit Herrg.) Die Kernfrage sei, ob Deutschland den Dawesplan in Zukunft werden leisten können. Das sei aber nicht zu erwarten. Auch der kleine Verbesserungsschein im Betrage von 215 Millionen müsse doch realisiert werden. (Zuruf des Abg. Herrg: Durch Ihre Steuerpolitik!)

Die Deutschnationalen würden die zu erwartenden Einnahmen genau prüfen, aber sie nicht ablehnen, denn sie nähmen das Geld, wo sie es kriegen. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Hilferding (Soz.):

Auch wir haben die Ausführungen des Reichsfinanzministers mit großem Vorbehalt angeteilt, aber der Herr Abg. Herrg war zu seiner Kritik nicht berechtigt. Diese deutschnationale Rede hätten wir vor einem Jahr hören müssen, als der Reichsfinanzminister Schlieben hier stand. Damals hatten wir noch keine Reparationsleistungen, damals war noch eine entscheidende Korrektur unserer Finanzverhältnisse möglich, damals konnte noch eine Finanzlage geschaffen werden, die nicht nur für den Augenblick, sondern auch für die Zukunft wirksam werden konnte. Das ist dabei das Entscheidende. In einem Zeitpunkt, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse sich ungünstig waren, sind uns gerade die höchsten Lasten auferlegt worden. Das ist das, was wir als Theaurierungspolitik bezeichnen und dafür tragen Sie (zu den Deutschnationalen) die volle Verantwortung. Die Sozialdemokratische Partei hat damals davor gewarnt, auf diese Art Steuerpolitik zu machen, die zu einer ungeheuerlichen Belastung der Wirtschaft führen mußte. (Zuruf von rechts: Sie waren doch auch Finanzminister!) Sie haben mich ja zu früh gestürzt, ehe ich noch eine bessere Politik machen konnte! Sie aber haben, und das ist das Entscheidende, die Lasten geschaffen, um die Ausgaben für unsoziale Zwecke, für die Unterhaltung der Schwerindustrie, zu heben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Herren Herrg und Oberfahren haben ausdrücklich die Theaurierungspolitik des Finanzministers Schlieben gebilligt.

Das Schlimmste dabei war aber das Verhalten der Deutschnationalen in der Frage der Verbrauchssteuer. Entgegen unserer Warnung, gegen die Warnung der Sachverständigen haben Sie (zu den Deutschnationalen) die Führung bei den Verbrauchssteuern übernommen. Wir haben damals gesagt, daß jede Erhöhung der Verbrauchssteuern zur Erhöhung der Daweslasten führen müsse. Trotzdem haben Sie für diese Verbrauchssteuern gestimmt. Der Sinn des Londoner Abkommens wählte uns dazu, die Verbrauchssteuern nicht zu erhöhen, trotzdem haben Sie sie erhöht. Jetzt aber unternimmt Ihre Presse, allen voren Herr Hugenberg, jenes abfällige Mandat, in dem Sie den Reichswet zu bringen versucht, daß nur das Dawesabkommen die Schuld an unserem Elend trage. Er sagt den Frauen, wie hoch die Last aus der Zukunft und aus anderen Verbrauchssteuern für sie sei. Der Vater der Verbrauchssteuern heißt aber Herrg. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Finanzminister Schlieben ist durch seine Finanzreform ein Schädling des deutschen Volkes gewesen. Er hat in erheblicher Weise zur Erhöhung der Lasten und zur Erhöhung der Lasten aus dem Dawesabkommen beigetragen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Daß die Daweslasten überhaupt zukunftsgekommen sind, das ist ja das Werk der Deutschnationalen. Sie hätten ja kein Lager können (Zuruf von den Dnat.: Haben wir ja!) Sie haben dafür gesorgt, daß die

Jahres der "Sa-Sager" erreicht wurde, um das Eisenbahngesetz, um die anderen Dammgesetze zu machen. Sie haben also die volle Verantwortung dafür. (Lärm v. d. Saal.) Sie haben ja aber einen besonderen Sachverständigen unter sich für die Auswärtige Politik, Herrn Hoegh. Er hat geschrieben, daß die Deutschnationale Fraktion die Durchführung des Dawes-Gutachtens erst ermöglicht habe, daß Sie also jetzt die Verantwortung dafür tragen. (Hört! Hört! h. d. Saal.) Es bleibt also dabei, daß Sie für die Dammgesetze die volle Verantwortung tragen. Sie teilen diese Verantwortung mit den anderen Parteien des Reiches, mit Ausnahme der Nationalen und den Kommunisten. Aber abgesehen von der Frage der Verantwortung wissen wir doch, daß die Dammgesetze erst eine Erleichterung unserer Lage möglich gemacht haben. Wir haben es dadurch erreicht, daß die uns auferlegte Kontrolle zeitlich begrenzt wurde, wir haben erreicht, daß wir gegen neue Übergriffe der früheren Kriegsgegner geschützt wurden.

Wenn heute der Reichsfinanzminister ein Programm der Steuerermäßigungen vorlegt, so ist das an sich eine Kritik an der Steuerpolitik des vorigen Jahres. Er hat auch angedeutet mit der Deutschnationalen Fraktion, daß die Republik verschwendungssüchtiger wäre als die früheren Regierungen. Die Rede des neuen Finanzministers zeigt aber auch wie richtig unsere Politik im Sozialpolitischen Ausmaß war. Dort wurde uns immer wieder gesagt, für eine Erhöhung der sozialpolitischen Leistungen wäre kein Geld da. Mit dieser Behauptung hat die Rede des Reichsfinanzministers gebrochen. Aber damit sind wir nicht einverstanden, daß er die Notwendigkeit der Steuerermäßigungen vor die Notwendigkeit der Erhöhung der sozialen Leistungen stellt. Mit der alten Fassung: nämlich wenig Steuern haben schon die alten Liberalen gebracht. Für uns steht die Frage in erster Linie nicht, ob wir Steuern erheben sollen, sondern zu welchem Zwecke? Wenn zu dem Zwecke, um zur Besserung der Volksgesundheit beizutragen, dann sind wir für die Erhebung der Steuern. Ein Teil der von dem Reichsfinanzminister angekündigten Steuerermäßigungen stimmt mit unseren Forderungen überein, die die Erhöhung des Existenzminimums der arbeitenden Bevölkerung und die Ermäßigung der Umsatzsteuer enthält. Schon vor der Beratung der Finanzreform des Ministers Schlieffen haben wir Vorschläge auf Ermäßigung der Umsatzsteuer gestellt. Sie sind zuerst abgelehnt worden. Der Minister hat gestern gemeint, daß von der Ermäßigung der Umsatzsteuer eine bedeutsame Wirkung auf das Preisniveau zu erwarten sein werde. Diese Wirkung könnte sie haben. Die Ermäßigung macht auf den Gesamtumsatz 2 Prozent aus. Das müßte sich also auf das Preisniveau auswirken. Aber bei der augenblicklichen Organisation der deutschen Wirtschaft ist es doch äußerst fraglich, ob diese Milderung eintritt wird. Sie würde diese Wirkung nur haben, wenn sie in Verbindung mit einer gleichgerichteten Handelspolitik kommt. Die künftigen Handelsverträge müssen die notwendigen Zulassungen bringen, die dann auch die Preise senken werden.

Für die Einzelheiten des vom Reichsfinanzminister vorgelegten Steuerprogramms behalten wir uns eine eingehende Prüfung noch vor. Wir wollen aber schon jetzt keinen Zweifel darüber lassen, daß wir der Herabsetzung der Besitzsteuern und der Milderung der Vermögenssteuern anderer künftigen Widerstand entgegenzusetzen werden. Schon Herr Schlieffen hat die Besitzsteuern ermäßigt, jetzt wird wieder eine neue Ermäßigung angekündigt. Dabei steht fest, daß 4,8 Milliarden durch die Milderung entrichtet werden und nur 2,4 Milliarden durch Befreiung. (Hört, hört! h. d. Saal.) In England ist die Entminderung gerade umgekehrt gegangen. Dort ist der Anteil der Besitzsteuern gewachsen; bei uns dagegen der Anteil der Milderungen. Wir haben alle alten Umlagen genau zu prüfen, ob die Herabsetzung der Besitzsteuern eine Berechtigung hat. Schon jetzt bringt die Lohnsteuer einen erheblichen Teil der Einnahmen überhaupt auf. Während in England ein Einkommen unter 3000 Mark Steuerfrei bleibt, sind bei uns das steuerfreie Existenzminimum schon mit 1200 M. erreicht.

Auch bei den Ausgaben können wir dem Finanzminister nicht ganz folgen. Mit dem Abbau der Beamten muß endlich Schluss gemacht werden, darin stimmen wir ihm zu. Ich stimme ihm auch darin zu, daß Änderungen in der Verwaltung vorgenommen werden müssen. Es können noch ganz andere Einsparnisse gemacht werden. Es ist ein geradezu unwürdiger Zustand, daß im Jahre der härtesten Krise die Ausgaben für die Reichswehr um 7 Prozent auf 9 Prozent gesteigert werden sollen.

Es ist auch merkwürdig, daß an 160 Generale, darunter auch Herren, die außerordentlich vermögend sind, hohe Pensionen bezahlt werden. Aber alles das tritt zurück hinter dem entscheidenden Problem der Verwaltungsreform. Von dieser Stelle aus muß in diesem Zusammenhang mit aller Entschiedenheit gesagt werden, daß die Frage des Finanzausgleichs keine einzelne Finanzfrage ist, sondern das große deutsche Finanzproblem überhaupt. (Sehr wahr! h. d. Saal.) Die Sozialdemokratie hat immer die Forderung der Staatsaktivität verlangt. Die Ausdehnung der Staatsaktivität hat zuerst begonnen mit der Ausübung der Sozialpolitik durch das Reich. Heute muß sie führen zur Kontrolle der gesamten Wirtschaft, zur Kontrolle der kapitalistischen Gesellschaften, anstatt daß die Monopolunternehmungen die Kontrolle über den Staat ausüben. Die Ausdehnung der Staatsaktivität muß enden in der Kontrolle der gesamten Wirtschaft durch die Massen. (Sehr wahr! h. d. Saal.) Darum verlangen wir auch den deutschen Einheitsstaat. Mit allen bisherigen und vom Finanzminister angekündigten

neuen Forderungen kann nicht viel erreicht werden. Die Verwaltungsreform muß dahin führen, daß sie endlich eine zielunglose Verwaltung hat. Wir brauchen nicht nur den Abbau einiger Minister, die Verminderung der Zahl von Abgeordneten, sondern die Vereinfachung der Reichsverwaltung. Wir kommen dazu nicht, bevor wir nicht zum Einheitsstaat streben. Der Reichsfinanzminister hat jetzt zwar einen Überblick über die Einnahmen, aber keinen Überblick über die Ausgaben in den Ländern. Sie unterscheiden nicht seiner Kontrolle, sondern der Kontrolle von 18 verschiedenen Ländern. Das ist ein Zustand, der unmöglich auf die Dauer erhalten werden kann. Heute ist die Gefahr noch größer als vor dem Kriege, daß die deutsche Wirtschaftseinheit zerfallen wird, wenn die einseitige Finanzmacht weitergetrieben wird. Die volle Erhaltung der Selbstverwaltung der Gemeinden ist auch bei der Einheitspolitik möglich, das zeigt das englische Beispiel. Dort steht das Selbstverwaltungsrecht unvergleichlich höher als in Deutschland. Wir haben gar keine volle Selbstverwaltung in den Gemeinden, sie wird von den Ländern in jeder Weise beschnitten. So kommen wir gerade von unserer Auffassung zum Einheitsstaat aus zur Forderung einer umfassenden Verwaltungsreform. Wo sind die Wurzeln des bürokratischen Widerstandes gegen diese Vereinfachung? Früher waren sie bei den einzelnen Ministern, heute findet man sie vielfach bei manchen Ministerpräsidenten, die selbst Souverän sein möchten. Die heutige Zerissenheit ist ein Krebsgeschwür in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht. Es ist ein schlimmer Zustand, daß die Partei, die ein Patent für nationale Gesinnung genommen hat, daran nichts geändert hat, daß wir heute noch Bayern, Württemberg usw. kennen, aber nicht Deutsche. Wir haben noch immer nicht das große nationale Bewußtsein, das jede andere große Nation hat. (Recht, Beifall.) Dieses Programm des Einheitsstaates ist allerdings ein Programm auf lange Sicht, das auch nicht allein vom Finanzminister verwirklicht werden kann.

Wir brauchen energische Eingriffe in die Wirtschaft, um die Krise zu bekämpfen. Wir hoffen u. a., daß die Reichsbank ihre Kreditrestriktionen nicht wieder aufnehmen wird. Wenn diese Krise gehemmt werden soll, dann darf es aber auf keinen Fall geschehen auf Kosten der Sozialpolitik. Es darf auch nicht geschehen durch Druck auf den Arbeitslohn. Die sozialen Gefahren sind nichts anderes als ein Teil des Lohnes. Die Aufrechterhaltung der Sozialpolitik ist gerade notwendig, wenn die Krise gelöst werden soll. Die Krise auf Kosten des Lohnes lösen zu wollen, würde bedeuten, eine weitere Verengung des inneren Marktes herbeizuführen. Auf der anderen Seite müssen alle Mittel benutzt werden, um die Krise zu lindern. Dazu gehört die Art der Vergütung der öffentlichen Arbeiten. Es handelt sich hierbei um vier Gruppen:

1. die Eisenbahn, der Zwischkredite gegeben werden müssen.
2. Förderung des Elektrizitätswesens. Einzelne Vorschläge dazu werden wir im Ausschuß mitteilen.
3. Sicherung der Exportkredite.
4. Ein großes Bauprogramm der Regierung. Zu diesem Punkt erklären wir: Die Hauszinssteuer darf nicht zu öffentlichen Zwecken, sie muß zum Hausbau verwendet werden. Darüber hinaus sind Mittel für den Hausbau bereitzustellen. Wir verstehen nicht den Widerstand des Reichsarbeitsministeriums dagegen, daß die Lösung der Wohnungsfrage eine der wichtigsten in Deutschland überhaupt ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nach einer amtlichen Statistik wohnen in Berlin 2 Millionen Menschen zu je vier Personen in einem Zimmer, 300 000 Personen mit außerordentlichen Krankheiten hausen mit anderen Menschen zusammen in einem Raum. Ähnliche Zustände finden wir im Ruhrgebiet, und in Schlesien, und solche Beispiele können wir uns Unzählige vornehmen. Hier ist eine so vorzügliche Verantwortung des Reichsarbeitsministeriums, daß wir endlich seinen Plan zur Lösung der Wohnungsfrage erwarten.

Ein Teil der Hauszinssteuer könnte dazu benutzt werden, um die dazu notwendigen Mittel billig zu machen. Wir müssen nach neuen Methoden suchen. Wir können die Hauszinssteuer dazu verwenden, um mit ihrer Hilfe die Garantie für langfristige Anleiheemissionen zu schaffen.

Zusammenfassend bemerke ich, daß für uns ein unzulässiger Zusammenhang zwischen der Finanz-, der Sozial- und der Wirtschaftspolitik besteht. Das Regierungsprogramm genügt uns nicht. Wir stellen in den Vordergrund unserer Arbeit die Bekämpfung der Krise, die Bekämpfung der großen Not der Massen. Von diesem Standpunkt aus werden wir Stellung nehmen zu den Ermäßigungen und Versprechungen, die uns gestern hier gemacht worden sind. (Recht, Beifall bei den Soz.)

Herr Erping (Ztr.) spricht die Erwartung aus, daß die Finanzen des Reiches genau so gesichert seien wie gegenwärtig, wenn der jetzige Finanzminister einmal vom Amte abgerufen werde. (Sehr gut! rechts.) Die Herabsetzung der Umsatzsteuer entspräche einem Wunsch der Regierungsparteien. Es sei zu prüfen, ob diese Steuer nicht ganz fallen könne. Mit einer vorübergehenden Senkung der Fiskussteuer sei das Zentrum einverstanden. Bei den Zusammenfassungen müssen aber die Interessen der Arbeiter und der Gemeinden berücksichtigt werden. Das Zentrum sei gegen eine Herabsetzung der Börsenumsatzsteuer und würde dafür lieber eine Senkung der Zucksteuer

verlangen. Nur durch intensive Arbeit sei es möglich geworden, einen Betriebsmittelfonds von 300 Millionen im Reich zu sammeln, der unbedingt notwendig sei. Man müsse z. B. das Mittel für eventuelle Steuerermäßigungen haben. Zukunftsamt sei dem Finanzminister in der Absicht, den Ländern das Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftsteuer wieder zu geben und in dem Wunsch, die einmaligen Ausgaben durch Anleihen zu decken. Bedauerlicherweise habe der Finanzminister nichts darüber gesagt, wie er am Ende ersparen wolle. Das wäre allerdings nicht so populär gewesen, wie die Aufhebung von Steuerermäßigungen. (Sehr richtig! rechts.)

Der Redner fordert Befestigung des Sozialen Kommissars, Einsparnisse im Auswärtigen Amt, lehnt aber Streichung des Arbeitsministeriums ab. Er polemisiert dann gegen die Deutschnationalen.

Herr Dr. Geemer (D. Vp.): Bei dem vorigen Finanzminister sei sehr stark der Wunsch hervorgetreten, Werte auf die hohe Rante zu legen. Ausgabeerhöhungen könnten nur durch Abstriche an anderen Stellen ausgeglichen werden. Die Frage der Deckung müsse besonders nach den Einkündigungen des Finanzministers auf Steuererleichterungen sorgfältig geprüft werden. Notwendig sei eine Wirtschaftspolitik auf lange Sicht. Die Weltwirtschaftskrise werde noch lange andauern, deshalb könne man auch für die deutsche Wirtschaft, die noch mit Reparationslasten verlastet sei, nur mit starken Vorbehalten in die Zukunft schauen. Wenn die jetzigen vorhandenen Staatsgelder der Wirtschaft für 1926 zugeführt werden, würde man 1926 entweder die Ausgaben zu reduzieren müssen, daß die geringen Einnahmen für den Straßbedarf ausreichten oder man müsse neue Einnahmemechanismen schaffen. Die Reduzierung der Ausgaben sei sehr fraglich. Größere Einnahmen aber müßten vor allem aus der Reichsrente herausgeholt werden. Die Industriewerke, die sich in öffentlicher Hand befinden, müssen steuerlich ebenfalls behandelt werden wie Privatbetriebe (1), dann könnte das Reich erhebliche Mehreinnahmen erzielen. Die Umsatzsteuer sei bisher trotz ihrer volkswirtschaftlichen Mängel das Rückgrat der Finanzverwaltung gewesen. Stimme man der Herabsetzung zu, müsse nachdrücklich dahingewinkt werden, daß die Steuerentlastung auch den Konsumenten zugute komme. Die Luxussteuer sollte vollständig beseitigt werden. Die Herabsetzung der Fiskussteuer sei zu begrüßen, ebenso die Milderung der Vermögens- und Börsenumsatzsteuer. Der Finanzausgleich könne nicht mit einer kleinen Mehrheit gegen eine große Opposition geschaffen werden, der Minister müsse sich auf alle Parteien stützen können, die zur Mitarbeit bereit sind. Das Zuschlagsrecht der Länder und Gemeinden müsse begrenzt und so durchgeführt werden, daß auch die von der Reichseinkommensteuer freien Gemeindeglieder Gemeindesteuern zahlten. Die Realsteuer müßten gemildert werden. Die Hauszinssteuer sei möglichst bald zu beseitigen (1). Der Sozialkommissar müsse beibehalten und mit möglichst großen Vollmachten ausgestattet werden.

Weiterberatung Freitag.

Gegen Reinholds Besitzsteuerbau ohne ausreichende Erwerbslosenfürsorge.

Von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird uns mitgeteilt:

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellte nach Entgegennahme des Berichts über den Sozialen Ausschuss anwesenden Mitglieder einstimmig fest:

Das in den letzten Tagen bekannt gewordene Regierungsprogramm zur Erwerbslosenfürsorge bleibt hinter den bestmöglichen Erwartungen und auch hinter der Erklärung des Reichsfinanzministers zurück. Im Dezember wurde die ausreichende Erhöhung der Unterhaltungsätze und der Ausbau der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge mit dem Hinweis auf das Fehlen einer neuen Regierung zurückgestellt. Jetzt, nachdem die Regierung gebildet ist, soll, abgesehen von einer beschränkten Kurzarbeiterunterstützung, überhaupt nichts weiter geschehen.

Die von der Sozialdemokratie im Sozialen Ausschuss gestellten Anträge auf Erhöhung der Unterhaltungsätze, Gewährung von Beihilfen an die Ausgeschiedenen und Befreiung der zeitlichen Befreiung in der Unterhaltungsdauer sind aber das Mindestmaß der augenblicklich erforderlichen Notstandsmaßnahmen.

Die Programmrede des neuen Reichsfinanzministers hat die Befürchtung für die Annahme geliefert, daß dem Reich die Mittel zur ausreichenden Milderung der sich ständig verhärtenden Not der erwerbslosen Opfer der Wirtschaftskrise zur Verfügung stehen. Bleibt es bei den Absichten der Reichsregierung, die Steuerlasten, also auch die Besitzsteuern, zu senken, aber nichts zu unternehmen, um die Fürsorge für Erwerbslose zu verbessern, so bedeutet das, daß die Reichsregierung alten Kreisen des Volkes helfen will, mit Ausnahme der am meisten unter der Wirtschaftskrise leidenden.

Die Sozialdemokratie warnt vor einer solchen Politik, weil sie nicht zur abschließenden Beseitigung der Wirtschaftskrise beiträgt. Sie hält den Abbau von Besitzsteuern für unmöglich, solange nicht ausreichend für die Opfer einer falschen Wirtschaftspolitik gesorgt ist.

Ein.

Roman von Lawrence S. Desberris.

22) Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermanna Jar Röhlen.

Dieser neue Schuß ist dem Teufel zu schreien... aufbegehrende, freche Kette... Egoer eifrige alte J.W.B.s sind darunter... Der Boß scheint zu glauben, er könne aus alles herbeiführen, was ein paar harte Arme hat... wie wir mit dem Boß fertig werden, ist unsere Sache... Er verummie, blühte verflochten zu David Blad hinüber: „Und der Reue?“ Ein ganz brauner Kerl. Der wird zu uns halten,“ beruhigte ihn Benn.

Dann stiegen alle drei in das wariende Kato, und das Gefährt brachte David Blad nach seiner Hütte.

Der Arzt betrachtete erst das schone kleine Heim. Die Zimmer waren einfach, aber geschmackvoll möbliert, und sein Vorgänger hatte ihm eine große medizinische Bibliothek hinterlassen. Der Boß trat an die Küchertür, nickte befriedigt und tat dann einen für einen Arzt hilflosen Ausbruch: „Gott sei Dank, dann kann ich mir Rat holen, falls einer von den Beibeschürften einen Schnupfen bekommt. Das eine Semester dürfte ja doch nicht ganz genügen.“

Ein junger graufender Regier namens Kofes schien den Haushalt zu befragen. Während dieser des Ehe antrug, betrachtete David Blad den Bücher. „Der Herrst dieses merkwürdigen Klimes nichts zu haben,“ dachte er bei sich. Er geht lässig und gesund aus, er auch, soweit ich es beurteilen kann, ist ja völlig normal.“

Er ließ sich mit Kofes in ein Gespräch ein und erfährt, daß er der Boß bereits seit vier Jahren auf der Insel bewohnt.

„Können Sie auch in der Freiheit?“ erkundigte sich der Arzt. Der Regier wollte erwidern die wunder glänzenden Augen. „In dem Zimmer beim Doktor Kofes gewesen, geht nicht in die Freiheit. Um keinen Preis der Welt. Soll ich etwa den Versuch verlieren?“

„In der Freiheit hat er mich fortgeschickt,“ erzählte er, „hat gesagt: Da hast einen freien Tag, Kofes, komm erst morgen vormittag wieder.“ Und als ich kam, war er schon tot, hatte sich vergiftet.“

David Blad fuhr zusammen; das hatte ihm Bennet verschwiegen.

„Weiß man, weshalb er Selbstmord beging?“ fragte er. „Die in der weißen Villa sagen, er sei verrückt gewesen.“

„Ipsan Kofes tot?“ „Aber das ist erlog.“ Er war ein guter Mensch, der Doktor, konnte das Glend nicht länger mit ansehen. Jedesmal, wenn er von der anderen Insel kam, wo die Fremden wohnen, war er interessiert und konnte keinen Bissen hinunterkriegen. Kein guter Mensch lang das Glend mit ansehen; auch dem armen alten Professor erging es so.“

„Dem alten Professor? Wer war das?“ „Wir haben seinen Namen nie gewußt, nannten ihn immer den alten Professor.“

„Ist auch der tot?“ „Nein.“ „Lebt er noch hier?“ „Nein.“

Kofes war plötzlich wortlos geworden. David Blad schaute ihn an. Der Regier lenkte erbrochen die Augen.

„Was ist's mit dem Professor, Kofes?“ „Herr Doktor,“ sammelte der Regier. „Ich glaube, auch Sie sind ein guter Mensch. Aber... bitte... fragen Sie mich nicht... vielleicht später... wenn ich Sie besser kenne.“

David Blad überlegte, sprach dann tiefer: „Kofes, Sie dürfen mir verdonen. Ich kann Ihnen wirklich keinen Beweis dafür liefern, daß ich nicht ebenfalls zu den Schurken von der weißen Villa gehöre, aber Sie und alle jene, die es interessiert, sollen wissen, daß ich der Freund dieser Menschen bin, auch dann, wenn ich fremdschämlich mit ihnen verkehre. Verlassen Sie?“

Kofes blühte ihn verummt an und gab keine Antwort. Dime der Regier weiter durch Fragen einschüchtert, beendete der Arzt sein Kofes und begab sich in das ebenertig gelegene Schlafzimmer.

Revolber, legte die kleine Taschenlampe neben sich und verflüchtete das elektrische Licht.

Dann verhaszte er regungslos, atmete tief wie ein Schlafender und wartete.

Nach einer kleinen Weile glaubte er zu hören, wie ein Mensch auf den Zehenspitzen zum Fenster schlüpfte.

Er rührte sich nicht. Etwas raschelte, und nun schien es dem Arzt, als ob sich in der Fensteröffnung etwas Dunkles zeige.

Er griff unhörbar nach der Taschenlampe. Ein großes Licht bligte auf.

Eine Sekunde lang erblickte David Blad im Fensterrahmen ein wunderschönes Frauengesicht. Dann verschwand es, und er vernahm auf dem Pfad laufende Schritte.

Selbsterweise schien dieser unerwartete nächtliche Besuch den Arzt nicht im geringsten zu erschrecken. Im Gegenteil. Er lächelte zufrieden vor sich hin und drummete halb laut: „Der Schurke hatte recht: Sie ist tatsächlich wunderschön!“

Am folgenden Tag durchstreifte David Blad die kleine Insel, betrachtete alle und alles mit großem Interesse. Es fiel ihm auf, daß die blassen, stumpf aussehenden Menschen ihn gar nicht beachteten, obgleich das Erscheinen eines Fremden hier ein Ereignis sein mußte.

Nach eines fiel ihm auf: der Unterschied zwischen den Männern, denen er begegnete. Die einen glühten Traumwandler, blühten schamantend schleppten sie sich dahin, blühten hier ins Meer. Andere hingegen waren zwar blaß und milde, machten aber dennoch den Eindruck normaler, von harter Arbeit überanstrengter Menschen.

Als er in der Mittagszeit vor der Fabrik stehen blieb und die herausströmenden Arbeiter betrachtete, kam ein riesenhafter, von der Sonne gebräunter Kerl vorbei, dessen Gesicht ihm seltsam bekannt erschien. Neben ihm schritt ein hochgewachsener junger Mann, dessen Antlitz ebenfalls noch nicht die weißgraue Färbung hatte, die den Gesichtern der meisten eignete.

David Blad, der in seinem früheren Leben, da er noch nicht Arzt war, täglich an die heftigsten Zeilungen las und auch stets die illustrierten Beilagen genau las, zerbrach sich den Kopf, woher er den riesenhaften Kerl kannte. Da hörte er, wie dieser von seinem Gefährten mit „Bill“ angedeutet wurde. (Fortsetzung folgt.)

Die Fürstenabfindung im Ausschuss.

In Reichsausschuss des Reichstages stellte Genosse Dr. Rosenfeld am Donnerstag nachmittag die von den Reichstagsmitgliedern in einem Berliner Restaurant die deutsche Sozialdemokratie in einem Berliner Restaurant die deutsche Sozialdemokratie in einem Berliner Restaurant die deutsche Sozialdemokratie...

Dann nahm der Fürstenabfindung Dr. Goerling das Wort zur Fürstenabfindung, um in einer langen Rede darzutun, dass die Fürsten die ärmsten Leute der Welt seien, denen kein Recht gegeben sei. Die Schlichter, die die Fürsten abfinden wollten, seien „Lustobjekte“, die gewaltige Zusätze an Geld verlangten. Die arme Schenkensfamilie habe man mit ihren 48 Angehörigen durch die Enteignung der Schlichter „heimatlos“ gemacht; kein preussischer König wisse mehr, wo er sein Grab hinlegen solle. Die bürgerlichen Mittelparteien suchte er vor einer teilweisen Enteignung, wie sie der Kompromissantrag vorsieht, zu warnen durch den Hinweis, dass bald auch andere Enteignungen, vor allem der Kirche, kommen werden. (1) Auch der Reichstagspartei Dr. Wunderlich erwiderte die schärfsten Bedenken gegen den Kompromissantrag. Wenn eine Enteignung der Fürstenhäuser bei der Revolution ausgedrückt werden würde, dann hätte man sich damit als Revolutionäre abfinden können. Nach sieben Jahren könne man unendlich ein Kapitel des Revolutionsrechts nachholen. Der Vertreter des Zentrums schaute eine erschütternde Entgegnung ebenfalls ab. Wenn die Rot der Zeit eine Entgegnung notwendig mache, widerstehe das Zentrum nicht; dann müsse sie aber allgemein durchgeführt und nicht auf einzelne Familien beschränkt werden. Im Verlauf der weiteren Aussprache erklärte Hr. Landberg (Soz.): Die Hervorhebung fürstlicher Verdienste als Titel für die Bemessung der Fürstenabfindung müßte die Folge haben, daß man auch die negativen Verdienste einzelner Fürstenhäuser bei der Bemessung zu ihren Ungunsten berücksichtigen, beispielsweise der Fürstenhäuser, die im Kampf mit Napoleon den Rheinbund-Vertrag abgeschlossen haben. Wenn die Stimmung für die entschlossene Enteignung durch Volkswelt nicht sehr ausreicht, so tragen gewisse Fürstenhäuser daran ein gut Teil Schuld. Den Schenkenshäusern genüge nicht einmal die Summe von dem Schenkenshäuservermögen angebotenen 115 000 Morgen, sondern sie verlangten vorweg 400 000 Morgen. Der Versuch, die Ansprüche der medienburgischen Fürsten auf das Land abzumildern, konnte die Stimmung für die Fürstenabfindung auch nicht verbessern. Ein Gesetz auf entschlossene Enteignung der Fürstenhäuser würde nicht ohne Beispiel bestehen. Schon 1868 ist von den Hohenzollern in gegen das Helfenhaus vorgetragen worden. Damals sind aus dem Helfenhaus u. a. einem Baufeld zu Berg 900 000 Mk. bezahlt worden, um die Aufschneidung von ihm abzumildern, die er wegen betrügerischen Bankrotts verdient hatte. In den Fällen, die als Beispiel für reines Privatvermögen der Fürsten anrechenbar wurden, ist nicht zu bestreiten, daß die Vermögensstücke durch öffentliche rechtliche Titel in den Besitz der Fürstenhäuser gelangt sind. Im Reichswesen kann man auch den Privatbesitz an solchen Vermögensgegenständen nicht anerkennen, die vor langen Jahren durch Mißbrauch der Herrschaft erlangt und geradezu rechtmäßig in den Besitz der Fürstenhäuser gelangt. Darum ist eine gesetzliche Enteignung notwendig. Wenn nicht nach dem formalen Recht, sondern nach Billigkeitsgründen entschieden werden soll, so ist nicht einzusehen, warum die Entscheidung der Reichstagspartei übertragen wird. Die Landesgesetzgebung würde weit rascher und besser entscheiden. Weiterberatung Freitag.

Mussolinis Brandrede.



Wie kennen die Weiße, wir kennen den Teufel; So hat einst mit gepanzerten Pfoten Unser Erbmonarch, Wilhelmus der Zweite Der Diplomaten Konzept verlegt. Wie heute — damals: ein Beifallssturm, Ein Monstregeheißer küssender Hände. Wir aber denken still an das Ende... Was blieb von allem? — Ein zitternder Wurm! Jetzt schäumt der „Duce“ in Rebegeißel, Er trägt die Fahne über den Brenner... (Mussolini leuchtet der Fürstentumskrone Am hellsten auf, bevor er erlischt.) Es kündigt das Ende der Diktatur Sich an durch solche Redemontaden. Der Kerner steht hier nichts als den Schaden An Mussolinis Gehirnsstruktur. Und folgert kühl aus dem Rebegeißel Aus der geminten Cäsarenpose Als einzig sichere Diagnose: Hier kam der Anall schon vor dem Fall! (Muss. von Lindenheide.)

Die geeinte sächsische Sozialdemokratie wird Neuwahlen erzwingen.

Dresden, 12. Februar. (Eigener Trahtbericht.) Am Donnerstag standen im Sächsischen Landtag die von der Sozialdemokratie eingebrachten Anträge zur Erwerbslosenfürsorge und zum Wohnungsbau zur Debatte, wie sie auf dem letzten Landesparteitag beschlossen worden waren. Die Schlussberatung und Abstimmung sollen in der nächsten Sitzung am kommenden Dienstag erfolgen. Auch über den kommunikativen Antrag auf Auflösung des Landtages wird in dieser Sitzung abgestimmt. Am Schluss der Debatte erklärte der Abg. Genosse Schwarz, daß sich alle Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion ehrenamtlich verpflichtet hätten, nach Abstimmung der sozialdemokratischen Anträge im gegebenen Zeitpunkt für die Auflösung des Landtages zu stimmen und zwar soll dieser Zeitpunkt bestimmt in das erste Quartal dieses Jahres, also in den Monat März fallen.

Eine Warnung vor sogenannten „unabhängigen“ radikalen Zeitungen

steht der kürzlich gemeldete Fall des Wiener „Abend“ dar, dessen Chefredakteur des Empfangs von Bestechungsgeldern überführt wurde. Das Blatt nannte sich „sozialistisch“, brachte viele „Enthüllungen“ aus kapitalistischen Kreisen und unterstützte anfangs die österreichischen Kommunisten, später auch sozialdemokratische Ansichten, ohne sich jedoch der Sozialdemokratischen Partei einzunordnen. Bismarck hat es sich — ähnlich wie gewisse Blätter bei uns — viel auf seine „Unabhängigkeit“ von jeder Parteiorganisation zugute. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt jetzt über die traurige Erfahrung mit dieser Sorte unabhängiger Presse: „Es ist wohl recht bequem, ein „unabhängiges“ sozialistisches Blatt zu sein, das heißt den Gesetzen und Verpflichtungen der Partei nicht unterworfen, immer die Möglichkeit zu haben, die Bedingungen und Notwendigkeiten, die auf jeder großen Partei lasten, geringzuschätzen, sie sogar zu verpötern und so den Ruf zu erheben, „radikal“ bis ans Ende zu gehen, für alles einzutreten zu sein, wobei die Pflicht, es zu erfüllen, natürlich auf den anderen lastet. Aber zeigt die traurige Erfahrung, daß der unbedingte, der radikale, der jedes Kompromiß verachtende Herr Alexander Weiss als Börsenspekulant und Provisionnehmer entlarvt wird, nicht die Brichtigkeit dieser Unabhängigkeit, zeigt sie nicht, daß diese vielgeschätzte Unabhängigkeit auch die Befreiung von jener wahren Verantwortlichkeit ist, die allein die innere selbstgewählte Zugehörigkeit zu der Partei zu verleiht, vermag, auch die Befreiung von der Kontrolle, die nur in dieser ehrenwerten Zusammengehörigkeit vorliegt? Wer darf sich auf Menschen verlassen, zumal in einem solchen Falle: denn daß die Korruptionsbekämpfung für Korruption eine gefährliche Waffe ist, hat die Erfahrung nicht selten bewiesen. Wer bürgt dafür, daß sich die Erfahrung Weiss nicht wiederholt? Der Unabhängige glaubt dem „unabhängigen“ und dem, einfach und schlicht, sozialdemokratischen Blatte ist nicht allein, daß das sozialdemokratische Blatt dem Organismus der Partei einverleibt ist, der Ausmaß der Männer untersteht, die die Partei selbst als ihre Sachwalter bestimmt, obwohl schon das ein freigelegter Unterschied wäre, sondern das sozialdemokratische Blatt ist der Kontrolle der Gesamtheit der Sozialdemokratie unterworfen, und diese Kontrolle trägt es nicht als Last, trägt sie mit Stolz. Denn diese Kontrolle, die heilsame nicht bloß die obersten Parteistufen über, die jeder Organisation innerhalb der Partei gewährt ist, die jedem Genossen zugeht, die ist die alleinige Bürgschaft, daß das Blatt dem Geiste des Sozialismus, von seinen moralischen Sitten, von seiner in jeder Einzelheit sich ausbreitenden Lebensauffassung nicht abirren kann. Die schreckliche Verletzung des Hauptpflichters ist ein Ausfluß jener „Unabhängigkeit“, gewisser, die von dem Baume des Sozialismus pflücken will, ohne den Normen und Gesetzen des Sozialismus, an denen er in allen Werten festhält, gerückt zu werden. Derselben, was da erlebt wurde, ist in einem sozialdemokratischen Blatte schrecklich undenkbar; es ist auch noch niemals geschehen. Und deshalb ist der Fall auch eine wahrhaftige Belehrung für die Arbeiter, die an der so beschaffenen „Unabhängigkeit“ mancher Blätter finden: für den Sozialdemokraten taugt nur ein Blatt, das die Gebote des Sozialismus als willkommene Regel seines Handelns erkennt und annimmt. Diese Erfahrung dürfen und werden die sozialdemokratischen Arbeiter nicht vergessen.“ Unser Wiener Parteiführer kündigte anschließend an diese Ausführungen einen Gesandten zur österreichischen Sozialdemokratie gegen die Pressekorruption an, der schon heute lebhaften Interesses auch im Deutschen Reich sicher sein kann.

Der bisherige Chefredakteur des Wiener „Abend“, Dr. Alexander Weiss, wurde am Donnerstag wegen des Verdachtes der Erpressung verhaftet.

Der Prozeß einer Fürstenmätresse vor dem Kammergericht.

8000 Mark jährlich — aber von der Familie! Das Urteil des preussischen Kammergerichts im Prozeß der Comtesse de Maggenau, einer früheren großherzoglichen Freundin, gegen die Erben des Großherzogs von Mecklenburg ist nunmehr der Öffentlichkeit übergeben worden. Der Senat des Kammergerichts hat die von beiden Seiten erhobene Berufung gegen das erste Urteil auf Auszahlung einer Jahresrente von 8000 Mark an die „Comtesse“ abgelehnt. Ein Brief des Großherzogs an die Comtesse de Maggenau wurde als ein rechtsgültiges Testament anerkannt. Eine Überwälzung der Zahlungspflicht auf den mecklenburgischen Freistaat hat das Kammergericht jedoch nicht anerkannt. Somit hat das Hauptargument der „Fürsten“-Anwälte, das „Langobardische Recht“, das bekanntlich Staats- und Privatvermögen der Fürsten gleichsetzt, eine erste, zweifellos recht folgenreiche Ablehnung vor dem höchsten preussischen Gericht gefunden.

Aus dem Reich.

Die Kommunisten demonstrieren gegen den ADGB. Am Donnerstag nachmittag veranstalteten die Berliner Kommunisten mehrere Erwerbslosendemonstrationen, an denen von den mehr als 200 000 Berliner Arbeitslosen nicht einmal 4000 teilnahmen. Die Demonstranten zogen unter anderem vor das Berliner Rathaus und das Bundeshaus des ADGB. Sie wollten hier angeblich mit den zuständigen Instanzen über eine Aktion gegen die Erwerbslosen verhandeln. Ihre Erfahrungen lehren aber, daß die kommunistischen Führer in ähnlichen Fällen ihren Anspruch zur Täuschung mißbraucht haben, jedoch schließlich die Polizei zur Abwehr eingesetzt werden mußte. Der Berliner Parteipräsident hat deshalb, um neues Unheil der kommunistischen Führerschaft zu verhindern, am Donnerstag sowohl dem Berliner Rathaus wie dem Bundeshaus des ADGB, polizeilichen Schutz angebeten lassen. Er hatte hierzu umso mehr Veranlassung, als erst vor wenigen Wochen bekannt geworden war, daß die Kommunisten eine Erwerbslosendemonstration zu einem Angriff auf das „Vorwärts“-Gebäude mißbrauchen wollten. Die Demonstrationen sind durchweg ruhig verlaufen. Die Anzeigepflicht für Geschlechtskrankheiten. Der Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik befahte sich bei der Beratung des Gesetzesentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten mit der Anzeigepflicht, die für solche Kranke vorgelesen ist, die sich der ärztlichen Behandlung und Beobachtung entziehen oder die infolge ihres Berufes die Allgemeinheit gefährden. Um zu verhindern, daß von den für die Entgegennahme der Anzeige eingesehten Stellen (offizielle Gesundheitsbehörden oder Beratungsstellen) unbefugte Angaben über die erkrankten Personen und die Art ihrer Erkrankung in die Öffentlichkeit gelangen, sind im Gesetz strenge Strafbestimmungen vorgelesen, wie sie ähnlich für die Verletzung der Pflicht der Geheimhaltung für Ärzte, Apotheker usw. bestehen. Ein Antrag, schon in der Schule obligatorisch die Aufklärung über die Entwicklung des Menschen sowie über die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen einzuführen, wurde aus legalpädagogischen Gründen und wegen des Eingriffs in Landesrechte abgelehnt. Städtische Autokultur in Berlin. Das Berliner Stadtkorridor-Kollegium beschloß am Donnerstag die Einführung der städtischen Autokultur. Die Beförderung für Lebensmittel- und Brennstofftransporte sollen steuerfrei sein.

Eine abenteuerliche Mussolini-Enthüllung

bringen jetzt faschistenfreundliche Blätter der äußersten deutschen Rechten. Danach habe ein Vertrauensmann des italienischen Diktators der Cuno-Regierung 1923 während des Ruhrkrieges die Bildung einer gemeinsamen antifranzösischen Front vorgeschlagen. Mittelsmänner seien der später als Mussolinigegner verhaftete italienische General Capello und der deutsche General a. D. v. Cramon, Vorstandsmitglied der Vaterländischen Verbände, gewesen. Cuno habe abgewinkt und seiner Hilfe er angeblich Corpey und Nizza erobern wollte. Wer sich die weltpolitische Lage von 1923 rekonstruieren kann, wird selbst einen Mussolini schwer solche Abreden zutrauen. Unter Rechtsradikalen oder entschuldigen mit der angeblichen damaligen Enttäuschung der Faschisten sogar die Vergewaltigung der Südtiroler Deutschen!

Kleine Auslandsnachrichten.

Die sozialistische Dreiländerkonferenz. Am 26. und 27. Februar findet in Brüssel eine Wirtschaftskonferenz der sozialistischen Parteien Frankreichs, Englands, Belgiens und Deutschlands statt. Als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie nehmen an diesen Verhandlungen die Genossen Robert Schmidt, Dr. Breitfeld und Dr. Silberding teil. Die polnische Sozialistische Partei hat beschlossen, der Regierungskollaboration auch weiterhin anzuschließen. An Stelle des zurückgetretenen Arbeitsministers Moraczewski soll ein Parteimitglied als Minister ohne Portefeuille in die Regierung delegiert werden, wahrscheinlich der Fraktionsvorsitzende Baricki. Mit dem Ministerpräsidenten Skrzynski haben Verhandlungen darüber begonnen, Baricki den Posten eines Vizepremierministers einzuräumen. Ihre Forderungen über die volle Einführung der Vermögenssteuer sowie über die erhöhte Unterstützung der Arbeitslosen und Bekämpfung der Korruption hält die Sozialistische Partei aufrecht.

Aus aller Welt.

Wilhelm im Film. In einer der letzten Nummern der „Variety“, der bedeutendsten amerikanischen Kritiken- und Filmzeitung, findet sich folgendes große Inserat des Sensationsfilms Wilhelm II. (wurzeltreu überseht): Die ersten autorisierten und vollständigen Szenen über den Kaiser in Doorn wurden gezeigt in den Ausgaben vom 16. und 20. Januar des „Daily Journal“. Fragmentarische und übertriebene Aufnahmen mit einer Telephotolins sind alles, was bisher an Aufnahmen vom Kaiser seit seinem Thronverlust gezeigt wurde. Nun lehnt den Mann, der die Welt ins Chaos stürzte, so wie er heute in Wirklichkeit ist, in Aufnahmen, die von ihm autorisiert wurden und für die er gern Hohn stand. So wird auch Wilhelm's Gültigkeit, sich verkleinert zu sehen, drüben nur zu seiner Schande ausgenutzt. Hoffentlich träpelt ihn entsprechendes Honorar darüber hinweg. Selbstmord einer Weltbawe. Die Schwester der Filmhauspielerin Maria Orska hat sich nach einer Stundlang in einem Klubhotel in ihrem Berliner Hotel erhängt. Die Marquise Gabrielle Serra ist offenbar ein Opfer ihrer hysterischen Veranlagung und des übermäßigen Genusses von Alkohol und Raucherwaren geworden. Das Cabarett der Diebstahl in Berlin, die am 1. Dezember v. J. abgehalten wurde, hat 65 000 vielgeliebte Hausgüter ergeben. In erster Stelle marschiert immer noch das Pferd; denn Berlin beherbergt immer noch 46 000 Pferde in seinen Mauern. Schweres Explosionsunglück in München. Im Münchener Hause Ramfordstraße 8 ereignete sich gestern ein schweres Explosionsunglück. Bei der Desinfektion einer Wohnung explodierte der Apparat, die Wauern wurden teilweise eingestürzt. Im Umkreis von 200 Metern wurden alle Fenster eingeschlagen. Sechs Personen wurden verletzt und mußten in die chirurgische Klinik gebracht werden. Die Straße war mit Glascherben und Trümmern bedeckt.

„Seeblächen“ am Bosenjet.

Am Montag nachmittag wurden in Lindau, Langenargen und Bregenz festige kanonenschnurartige Explosionen gehört. Wie von der Wetterwarte in Langenargen festgestellt wurde, handelt es sich um ein sogenanntes „Seeblächen“. Dieses Naturereignis kommt am sogenannten „Hörnleinsloch“, das etwa 10 Kilometer westlich von Lindau und etwa 200 Meter vor der Einmündung der Argen im Bodensee gelegen ist. Es ist dies die tiefste Stelle des Bodenseegrundes; sie bildet ein trichterförmiges Loch, das zu einem Krater im Erdinnern führt. Sobald größere Wassermassen in diese Grotte eindringen, wird der Trichter bis zum Steilpunkt erhöht und dessen Wasserinhalt in Form einer Explosion nach oben geschleudert. Das Institut für Bodenseeforschung wird eine genaue Untersuchung dieses neuesten „Seeblächen“ durchführen.

Explosionskatastrophe.

Am Mittwoch vormittag lag aus bisher noch nicht gekannter Ursache das Mischhaus der Carbonitfabrik bei Schleich, Kreis Söllingen, in die Luft. Sechs Arbeiter, die zur Zeit der Explosion in dem Mischhaus arbeiteten, wurden in Stücke geschnitten. Sie sind alle Väter kinderreicher Familien. Die Trümmerstätte liegt im Walde. Die Explosion richtete auch in den umliegenden Ortschaften, besonders in Wisdorf und Opladen, Verheerungen an.

Schwere Verletzungen eines Berliner Schuldeners.

Der Schuldener einer Berliner Gemeindeschule Richter, ein Mann von 55 Jahren und Vater dreier Kinder wurde gestern verhaftet, weil er sich an zahlreichen Schulden im Alter von 11 bis 13 Jahren aus schwerer Vergangenheit hat. Bis jetzt sind 18 SchülerInnen ermittelt worden, die von dem Schuldner mißbraucht worden sind.

Gefährliche Verfahrt australischer Fischer.

Während des letzten großen Sturmes auf dem Nordsee-Reste wurde eine Fischscholle, auf welcher sich mehrere Fischer mit Geräten und Pferden befanden, vom Ufer losgerissen und ins Meer hinausgetrieben. Nach längerer Verfahrt trieb der Sturm die Fischscholle an einer anderen Stelle der Küste wieder ans Land. Obwohl Menschen und Pferde durch Sturm und Ralle schwer gelitten hatten, sind sie doch mit dem Leben davon gekommen.

Der Seeüberbau überfallen.

Ein französischer Dampfer wurde, wie aus Hongkong gemeldet wird, auf hoher See von See-Räubern überfallen. Die Räuber stiegen auf das Schiff, übernahmen die Mannschaft und eigneten sich Gold und Silberwerte im Wert von 10 000 Pfund an.

Familien-Anzeigen

Porzellanarbeiter-Verband.

Am 10. Februar verchied nach langem Leiden der Kollege

Georg Esther

im 55. Lebensjahre.
Ein dauerndes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, den 13. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Pohlnowitzer Friedhofes aus

Am 10. Februar, nachmittags 1 Uhr, verschied unser Mitglied, der Kollege

Karl Drygalla

im Alter von 35 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Genossinnen und Genossen des Distrikts 31.

Beerdigung: Montag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Wenzel-Hancke-Krankenhaus nach dem Kommunal-Friedhof Gräbchen. Trauerhaus: Augustastraße 179.

Am 8. Februar, abends 10 Uhr, verschied durch Freitod (als Opfer der Personalmaßnahmen der Reichsbahnverwaltung), der Eisenbahnwerkführer

Gustav Rampold.

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren

Wertstättenamt 2, Abteilung Kreisbeschäft.

Beerdigung: Montag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle II, Oswitz.

David: Referenzenführer.

Eine Anleitung für sozialistische Redner. Preis nur 50 Pf., auswärtl. 10 Pf. Porto.

Volksmacht-Buchhandlung (Modernes Antiquariat) Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

Grüßtes Dresdener
Frach-Berlei-Institut
Gebrod. u. Smoking-Ringel, Cutaway mit gestreiftem Beinfleid, Paletots, Jolinder, Klapphüte, Frach-Mäntel
Hermann Mohaupt
nur Karlstraße 1, 1. Etage (früher Albrechtstraße).

Augenärztliche Brillenverordnung

wird mit einem Nachlaß von 10% (außer Markengläser) fehlerfrei und gewissenhaft ausgeführt von
Diplom-Optiker Adolf Heldrich, Stadttheater geradeüber
Der gute Ruf der seit 50 Jahren bestehenden Firma bietet Gewähr für gute und fachmännische Bedienung
Fennert Ring 2625 Straßbahn 2, 3, 4, 17 und 18

Unerhört billige Preise
im Konfektionshaus
Eugen Hamburger
Breslau 2, nur Teichstraße 31
Ecke Springerstraße, 2 Min. vom Hauptbahnhof.
Konfirmanden-Anzüge von 17.50
Garnel-Mäntel von 12.50
Breslauer-Hosen von 4.95
Herren-Anzüge, Nadelstreifen, Gabardine, 32.00 und 29.00
Hosen gestreift, 5.25

Wir kommen jetzt in die Oderstraße
zum Verkauf großer Mengen fehlerhafter oder im Preise zurückgesetzter Artikel. — Eilen Sie deshalb
zum Einkauf von:
LONDON & CO., Oderstraße 5
sowie Möbel, Kopf-, Schuhbürsten, Pinsel, Bohnerriese, Schwämme, Kammgarnituren, Toilettegarnituren etc. etc.
2. Viertel vom Ring.

ATA Henkels Scheerpulver **ideales Herdputzmittel**

Umnähen 10524
von **Damenhüten** auf moderne Formen schnellstens in eigener Fabrik.
Bestellungen erbitten rechtzeitig des späteren großen Andranges wegen.
M. Tichauer, Reuschestraße 47.

Billiger Fleischverkauf!
Schweinefleisch Pfd. 90 Pf. bis 1.10 Mk.
Rindfleisch Pfd. 70-90 Pf.
Rindfleisch ohne Knochen Pfd. 1.00-1.10 Mk.
Hammelfleisch Pfd. 80 Pf. bis 1.00 Mk.
Gulaschfleisch Pfd. 80 Pf.
Gehacktes Pfd. 80 Pf.
Ranchfleisch Pfd. 1.20-1.30 Mk.
Kalbfleisch Pfd. 90 Pf. bis 1.10 Mk.
Knoblauchwurst Pfd. 80 Pf.
Fleiswurst u. Leberwurst Pfd. 20 Pf.
Mettwurst und Mortadella Pfd. 30 Pf.
Weiße Zerkleinswurst Pfd. 30 Pf.
H. Anischnitt Pfd. 40 Pf.
sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Preisen empfiehlt
Adolf Weiß, Mollkestraße 13 Fernsprecher Ring 2569.

Röstritzer Schwarzbier
das Bier für Sie!
Dr. med. A. in Sch. (8130)
Köstritzer Schwarzbier verordne ich viel in meiner Praxis. Vor allem hat es mir auch bei Malaria und Chlorose gute Dienste geleistet. Eine nachteilige Wirkung auf Magen habe ich nie bemerkt. Ich verordne es mit Vorliebe auch in eigener Familie und ziehe das Bier allen sogenannten Stärkungsmitteln vor.

Stammweihen
4 Stück 10 Pf. 3 Stück 10 Pf.
Bunsch 2 Stück 5 und 10 Pf.
Verschieden gefüllt. Täglich frisch.
Gutes Kaffeegebäd + Schaumpräzel billige Preise.
Wiener Hörchen und Brötchen, 4 Stück 10 Pf.
Wiederverkäufer entsprechenden Rabatt.
Konditorei Zelditz, 31 u. 31a, Filiale Wienerstr. 12

Arbeitsmarkt
Breslauer Holzhandlung sucht
Blagmeister oder jungen Mann.
In Frage kommt nur eine Kraft, die mit der Breslauer Kundsch. vertraut ist und langjährige Erfahrung mit Detailkundsch. hat. Angebote mit Gehaltsansprüchen unter St. 274 an die Expedition dieses Blattes. 10544

Straßenhändler
zum Vertrieb einer hochaktuellen politischen Broschüre bei gutem Verdienst
sofort gesucht!
Meldungen in der
Volksbuchhandlung,
Breslau III, Neue Graupenstraße 5.

Kleine Anzeigen
sind komplett gesetzlich einsp. Anzeig. v. Verkäuf., Kaufg., suchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfg., fett 4 Pfg.
Damenrad, mit Freilauf, gut erhalten, von Privat zu kaufen gesucht. Görlitz, Steinweg Straße 7. 85

Brauche dringend Geld!
Verkaufe zu spottbilligen Preisen:
Herren-Anzüge in viel. n. Farben, tadellos verarbeitet. 19 Mk.
Sport-Anzüge aus besten Gabardine, jetzt nur 27 Mk.
Konfirmanden-Anzüge aus dauerhaftem Stoff, beste Verarbeitung, von 16 Mk.
Tuch- und Maßgeschäft
Cheimowitz, Sadowastr. 4 III. Etage
10516 3 Minuten vom Hauptbahnhof.

Apfelsinen
sind jetzt in voller Reife und Süße.
Wir importieren nur die feinsten Qualitäten.
Doppelkist 1 Kiste, 160 Stück, Mt. 32.—
1 Kiste, 200 od. 300 St., Mt. 29.—
1 Dugend 1.30, 2.—, 2.80
Dreifache 1 Kiste, 160 Stück, Mt. 31.—
1 Kiste, 200 od. 300 St., Mt. 28.—
1 Dugend 1.25, 1.80, 2.50
Doppelkist 1 Kiste, 160 Stück, Mt. 28.—
1 Kiste, 200 od. 300 St., Mt. 25.—
1 Dugend 1.10, 1.70, 2.30
Der billige
Konserven-Verkauf
wird noch eine Woche verlängert. Es gelten die gleichen Preise wie in unserer Anzeige vom vorigen Freitag. Die Ermäßigung beträgt bis
20%
Nach auswärtl. frei Bahn Breslau, inkl. Kisten, gegen Vorzahlung.

Stiebler's Feinkost
Ameisenplattiges Schweinefleisch . . . 1/2 kg 0.86
Amerik. geräuch. Delikatess-Fleisch . . . 1/2 kg 1.20
Corried-Fleisch, feinste Qualität . . . 1/2 kg 0.85
etc. die Drei-Doze, 6 Pfd. engl. Gew., 4.25
Schokolade-Milchpulver . . . 1/2 kg 2.10 Mt.
Cocoa-Margarine
tertia und buttergleich . . . 1/2 kg 1.90
Schokolade, fein sortig . . . 1/2 kg 1.80
Eisenerde 1/2 kg 1.10
Joll. Cocoa-Käse 1/2 kg 1.00
Prima Filter Kaffee 1/2 kg 0.80
Königlicher Stangenkaffee 1/2 kg 0.85
Kondensmilch Stangenkaffee 1/2 kg 0.80
Paragelbe 1/2 kg 1.15, 1/2 kg 0.40
B.A.H.-Kamembert, vollfett, 150 g-Schachtel 0.50
Frauendorf-Kamembert, fettiger Karton, 1.00
Schmelzer Zerkleinswurst 1/2 kg 1.80
in Fettdarm 1/2 kg 2.00
Zandbezwurst 1/2 kg 0.80
Tollkühler Rohwurst 1/2 kg 1.20
Mortadella 1/2 kg 1.60
Breslauer Mettwurst 1/2 kg 1.40
Brandenburgischer Mettwurst 1/2 kg 2.00
Königlicher mit Schweinefleisch 1 kg-Doz. 0.60
N. e. Braterringe, Doze mit 15 Fische . . . 0.85
Geele-Feringe, 1/2 Duz.-Doze 0.70, 1 Duz.-Doz. 1.25
Zerkleinswurst 3 1/2 kg-Kiste 2.—, 1/2 kg 0.50
Speckkandern 1/2 kg Kiste 1.40, 1/2 kg 0.50
Eiweisskandern 1/2 kg 1.00
Eiweisskandern in Remoulade Doz. 0.85

Stiebler's Röstkaffee
verbürgt größte Ausgiebigkeit, feinstes Aroma und besten Geschmack.
Täglich frische Röstung.
Haushalt-Mischungen . . . 1/2 kg 2.80, 3.00, 3.20
Nr. 4: Jutes-Mischung 1/2 kg 3.60
Nr. 5: Karlsbader Mischung 1/2 kg 3.80
Nr. 6: Karlsbader Edel-Mischung 1/2 kg 4.20
Nr. 8: Hochland-Mischung 1/2 kg 4.40
Nr. 9: Mammut-Mischung 1/2 kg 4.60

Freitag und Sonnabend
in unserer Zentrale Zwingerplatz 5
Gratislostopfen von
Stiebler's Tee!
Unerreicht ist Tee in seiner Ergiebigkeit, also in seiner Sparbarkeit im Verbrauch!
1/2 kg 3.40, 4.—, 5.—, 6.—, 7.20, 8.80

Breslauer Kaffee-Rösterei
Otto Stiebler
Breslau, Zwingerplatz 5, u. 28 Filialen.
Größtes Import- und Versandhaus im Osten Deutschlands. 5285

Die „Frauenwelt“ den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zustellen heißt die Zeitungen

Hallo! Wo?
nur bei
Schönfeld & Co
Schmiedebrücke Ecke u. Filialen.

Geld-Lotterie
zugunsten der Deutschen Turnerschaft
Ziehung 20.-26. Februar
Nicht-gewinn **50000 Mk.**
Bar Geld 30000 Mk.
20000 „
10000 „
5000 „
Lospreis 1.20 Mk., Porto und Liste 30 Pf. extra, 5 Lose 6.— Mk., 10 Lose 12.— Mk. einschließlich Porto und Liste.
Staatliche Lotterie-Einnahme 10548
Ludwig I. Fa. B. Klement
Breslau I Ring 22. Postcheckkonto 3812. Tel. 40529.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 12. Februar.

Gemeinden und Wirtschaftskrise.

Die ungeheure Ausdehnung der Arbeitslosigkeit in allen Industriezentren Deutschlands stellt in erster Linie die Städte und Gemeinden vor neue, schwierige Aufgaben. Zwar erfolgt die Regelung der Zahlung von Arbeitslosenunterstützungen durch Reichsgesetz, und die Gemeinden und Städte sind bei der Handhabung der Auszahlung dieser Unterstühtungen an das Reichsgesetz gebunden. Das Gesetz schreibt ihnen sowohl die Höhe der Unterstützung wie auch die Bedingungen vor, unter denen Unterstützung ausgezahlt werden können. In Wirklichkeit hat es aber damit in keiner einzigen Gemeinde sein Bewenden. Die Bestimmungen für die Auszahlung von Unterstühtungen sind so bestimmt, daß durch die offizielle Statistik der Unterstühtungsberechtigten keineswegs das Elend in seinem gesamten Umfang erfaßt wird. Es gibt hundertaufende von Arbeitslosen, die offiziell entweder noch nicht oder nicht mehr als „Arbeitslose“ zählen, die die Gemeinden aber unter keinen Umständen einfach ihrem Schicksale überlassen können. Deswegen muß die ganze Wirtschaftspflege der Städte und Gemeinden in diesen Wochen auf die Unterstützung der Arbeitslosen eingeleitet werden.

Neuherlich kommt das darin zum Ausdruck, daß alle Gemeindevorstellungen sich mit Anträgen beschäftigen, die die Not der Arbeitslosen lindern sollen. Die Möglichkeiten dafür sind für die Gemeinden vielfache, wenn auch die Rücksicht auf die Finanzen stets ein Hemmnis bleibt. Die Gemeinden haben zunächst die Verpflichtung, sich um alle diejenigen zu kümmern, die von der öffentlichen Fürsorge nicht erfaßt werden. Die Mittel zur Unterstützung dieser Kreise müssen sie aus eigener Kraft bestreiten, wodurch die Lage einzelner Industriearbeiter-Gemeinden, namentlich im Ruhrgebiet, katastrophal geworden ist. Den Gemeinden liegt die Verpflichtung ob, die Arbeitslosenunterstützung und die Räumlichkeiten, in denen die Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt wird, so auszugestalten, daß sie zu einem erträglichen Aufenthaltswahl während des ganzen Tages ausgenutzt werden können. Die Einrichtung von Wärmehallen, die möglichst dezentralisiert anzulegen sind, um allzu weite Zugangswege zu vermeiden, ist in fast allen Gemeinden üblich geworden. Hier läßt sich mit verhältnismäßig wenigen Kosten wertvolle sozial: Hilfsarbeit leisten. Ebenso selbstverständlich ist die Gewährung von Brennstoffen zur Unterstützung während der Wintermonate.

Nicht wichtiger als alle diese sozialen Hilfsmagnahmen sind aber die Bestrebungen der Gemeinden, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. In der Zeit der schwersten Wirtschaftskrise den letzten Wintern für die Beschaffung von Arbeit alle Bauprojekte und sonstigen für die Schaffung von Arbeit geeigneten Pläne durchzuführen. Bei den Beratungen der letzten Reichstagskammer des Deutschen Städtetages kam von allen Seiten die Überzeugung zum Ausdruck, daß auf diese Dinge die ganze Energie der Gemeindeverwaltungen zurzeit konzentriert werden muß. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat deswegen beschlossen, bei der Reichsregierung vorzutreten zu werden, damit alle nur irgendwie verfügbaren Mittel für Notmaßnahmen und wirklich produktive Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellt werden. Die Möglichkeit, durch Aufträge der Gemeinden einen gewissen Ausgleich für die Beschäftigungslosigkeit in der Industrie zu geben, sind immerhin groß genug, daß sie ernsthaft gefördert werden müssen.

Kunmer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß durch die offizielle Politik der Reichsregierung und namentlich durch das Verhalten des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden künstlich verstärkt worden sind. Die Aufnahme von Auslandsanleihen ist bei den Städten in einer Weise unterbunden worden, die mit wirtschaftlichen Gesichtspunkten nichts mehr zu tun hat und die nur noch als einseitige und bewußt einseitige Unterstützung der Privatindustrie gegen die öffentliche Wirtschaft aufzufassen werden kann. Niemand wendet sich dagegen, daß die Volkswirtschaftliche Berechtigung jeder einzelnen Auslandsanleihe streng kontrolliert wird, und es wäre nur wünschenswert, wenn eine solche Kontrolle von Reich wegen auch über Auslandsanleihen der Privatindustrie durchgeführt würde. Augenblicklich erfolgt aber diese Kontrolle nur zu dem Zweck der einseitigen Behinderung von kommunalen Auslandsanleihen, wodurch die Gemeinden, direkt zu Steuererhöhungen gezwungen werden. Ungewöhnlich tragt sich zum Beispiel der Berliner Fall. Der Bau eines Großkraftwerks in Rummelsburg mit einer Leistungsfähigkeit von 25.000 Kilowatt ist eine der rentabelsten und produktivsten Anlagen, die zurzeit überhaupt denkbar sind. Trotzdem erhält es nicht die Genehmigung, die Kosten dieses Baues aus Auslandsanleihen zu bestreiten. Die Folge ist, daß die Berliner Elektrizitätswerke aus ihren laufenden Einnahmen, zurzeit jährlich etwa vierzig Millionen Mark, für diese Erweiterungsarbeiten beitragen müssen und daß die Stadt Berlin auf jeden Ertrag ihrer Elektrizitätswerke zur Erleichterung der Stadtkasse verzichten muß. Die Folge ist, daß das Defizit des Jahres 1925 allein aus dieser Quelle um etwa 15 Millionen Mark erhöht wird. Diese Summe muß selbstverständlich aus Steuererhöhungen bestreiten werden. Eine andere Haltung der Reichsbank würde für viele Großstädte die Finanzlage wesentlich erleichtern und die Finanzkraftnahme wichtiger Neubauten und Erweiterungen der kommunalen Betriebe ermöglichen. Auch dadurch würde eine Entlastung des Arbeitsmarktes erzielt werden können, die viel produktiver wäre als die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützungen.

Die Gemeinden haben außerdem noch ein anderes, sehr trauriges Interesse daran, die Hilfsarbeit für die Arbeitslosen so intensiv wie nur möglich auszugestalten. Gerade über ihnen ist die Gefahr von Unruhen und Ausschreitungen, von Plünderungen und Zusammenstößen. Ein einziger Tag solcher Unruhen kann unter Umständen eine Gemeinde mit einem Verfall dessen befallen, was eine weit aussehendere Hilfsarbeit für die Arbeitslosen eventuell kosten würde. Auch aus diesem Grunde hat der Deutsche Städtetag die Gemeinden darauf hingewiesen, daß sie die Verpflichtung haben, alle ihre Kräfte zur Vermeidung der Not, zur Beschaffung von Arbeit und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrisen anzuspannen.

Ein Bildnis Friedrich Eberts.

Zum Todestage Friedrich Eberts, der am 28. Februar 1925 im Alter von 74 Jahren im Reichsdrauf 981 erschienen. Das 27x34 Zentimeter große Bild zeigt den mächtigen Kopf des Verstorbenen in einem fein durchgearbeiteten Originalstich des Berliner Graphikers E. Smith, dessen schlichte, in edelster Technik gegebene Darstellung des Mannes Ebert in vielen Kreisen des Verstorbenen eine willkommene Gabe von unvergänglichem Werte sein wird. Das Bild kann durch jede Buch- oder Kunsthandlung zum Preise von 2,50 Reichsmark bezogen werden. Die Vorkaufsgabe mit Schnappieraufgabe kostet 5 Reichsmark.

Episode oder Epoche?

Selbst Stresemann will, in seiner Antwort an Mussolini die Geschichte darüber urteilen lassen, ob der Faschismus in Italien Episode oder Epoche sein wird. Uns Sozialisten ist die Episode der Faschismus vom ersten Tage an klar.

Gegen die Raffgier der Fürsten.

Riesige Kundgebung der SPD. — Die Gegner verstecken sich.

Zene Tausende, die gestern abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses sich Kopf an Kopf drängten und den Protestworten des Genossen Maché zustimmten, waren nur ein geringer Bruchteil des Millionenheeres der wertvollen Bevölkerung, das sich zum Kampfe gegen den Raubzug der Fürsten formiert hat. Die gestrige Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei gegen die Millionenabfindung der davongelaufenen Monarchen war ein Signal zur Abwehr dieser volksfeindlichen Maßnahmen, das weit über die Kreise der Republikaner hinaus Gehör finden wird. Und wie gering das Vertrauen der monarchistischen Gefolgsleute und Hörigen zu ihrer eigenen Sache ist, beweist die Tatsache, daß in der gestrigen von Genossen Grohmann geleiteten Versammlung nicht einmal die Hälfte des Widerstandes gewagt wurde.

Der Redner, Genosse Maché, zeigte schlagkräftig und mit beifolgender Ironie, wofür ein verbrecherischer Wiedergänger es ist, aus dem bettelarmen deutschen Staate von heute weit über zweihundert Millionen Mark zur Unterstützung gekrönter Bankrotteure zu verwenden, während die Schär der Arbeitslosen sich vor den Wohlhabenden und Arbeitsvermittlungsstellen drängt. Klein- und Sozialrentner laum noch bespotteten können und Kriegskriecher heftend an den Straßenrändern sitzen. Seit wann ist es denn üblich — diese Frage erhebt mit Nachdruck Genosse Maché — Schuldige, die den Untergang eines großen Volkes auf dem Gewissen haben, mit Millionengehältern zu belohnen? Waren es nicht jene Monarchen, an deren Spitze Wilhelm der Ruhmlose, die im Verein mit ihren Konkurrenten in Paris, London und Petersburg Europa in die Bluthöhe des Weltkrieges geführt haben? War nicht der letzte Wilhelm von Hohenzollern, der jetzt von einem bettelarmen Volke Hunderte von Millionen verlangt, ein Geisteskranker mit kriminellen Neigungen, der hemmungslos Staatsgeheimnisse an später feindliche Potentaten ausplauderte, unklümmert darum, daß seine Schwärzer zu der Vorkierung Deutschlands im Weltkrieg führten? Die gleichen Vandalen schützten, haben jetzt die Dreifaltigkeit, Millionenabfindungen zu veranlassen, zwei Millionen Mark und Länder im Werte von 1000 Millionen, 100 Schloßer im Werte von 400 Millionen, Kuckersgrundstücke im Werte von 200 Millionen, Kunstgegenstände, Gold- und Silbergeschmuck im Werte von

150 Millionen und Barkapitalien, welche die Summe von 300 Millionen Mark erreichen.

Genosse Maché führte den rechtsradikalen Pastor Maurenbacher zum Kronzeugen dafür an, daß die Hohenzollern einst als armenhafte Schnapphähne in Brandenburg eingezogen waren, und zeigte, wie nach dem Tode Friedrich II. der preussische Staat systematisch von den Hohenzollernkronigen bestohlen wurde. Der Redner zeigte ferner, welche Bruchstücke von Entartung und Verblumpung unter den deutschen Fürsten gebiechen waren und formulierte die Stellungnahme der Republikaner zu der Fürstenabfindung in folgender Variante eines Bismarck'schen Wortes:

„Wir denken nicht daran, die Fürsten mit Millionen zu belohnen, um diesen Parasiten die Mittel zu geben, gegen die Republik zu konspirieren!“

Stürmische Zustimmung bekräftigte dieselbe Leitlinie der gestrigen Kundgebung. In der Diskussion zeigte es sich, daß den Gegnern der Republik und Mitleidern der Monarchen der Mut zum Eintreten für ihre Grundzüge fehlte.

In einem Hoch auf die Sozialdemokratische Partei klang die eindrucksvolle Verlesung einer Beschlusses, nach dem folgende Entschlieung

einstimmige Annahme gefunden hatte:

„Am 25. Januar richteten SPD. und KPD. beim Reichsminister des Innern den Antrag auf Herbeiführung eines Volksbegehrens und Volksentscheides, mit dem Ziel der Entsignung der ehemaligen Fürsten, ein. Mehr wie drei Wochen sind selber verstrichen und noch immer hält sich der Reichsinnenminister in Schwägen. Gegen diese Verschleppungspolitik erhebt die am 11. Februar in Breslau von der SPD. einberufene öffentliche Besammlung schärfsten Einspruch und verlangt, daß schnellstens die amtliche Publikation über das Volksbegehren erfolgt, damit endlich die Einziehung in die Diskussion erfolgen kann.“

Wir weisen auch an dieser Stelle auf die drei gleichen Versammlungen, die heute abend im Zentral-Palast in der Westendstraße, bei Bauer, Gahlinger, im Sanssouci, Neßgasse, stattfinden, wo die Genossen Dr. Götze, Frey und Lütke über die Raffgier der Fürsten sprechen werden.

berichtet. In seiner sehr bekannt gewordenen Schrift „Aus Mussolini's Reich“ (Preis 75 Pf., Verlag der „Volkswacht“) unterrichtet er in klippklarer Entschiedenheit und Gehörlichkeit von den Ursachen und Wirkungen des Faschismus. Wir können diese Schrift nur jedem angelegentlich empfehlen.

Falschgeld in Breslau.

Durch die Unmerklichkeit des Substrats ist es in Düsseldorf gelungen, die Hersteller und Verbreiter der falschen Reichsbanknoten über 20 RM. der Ausgabe vom 11. 10. 1924 festzunehmen und die Werkstatt in Dresden zu ermitteln. Von Dresden aus sind die Falschstücke auch nach Breslau gebracht worden. Insgeheim haben die Täter nach ihrem eigenen Geständnis etwa 120 Stück falsche Scheine in Breslau verfertigt. Davon sind bis jetzt 19 Stück angefallen worden, ungefähr die gleiche Zahl muß sich noch im Umlauf befinden. Im eigenen Interesse wird das Publikum gebeten, auf das Vorhandensein dieser Falschstücke zu achten. Leicht erkennbar sind dieselben an dem in der rechten Ecke des Scheines befindlichen Tintenstempel. Dieser Stempel ist bei den echten Scheinen rund, bei den falschen liegend oval. Außerdem ist eine andere Fälschung der Reichsbanknoten über 20 RM. mit dem gleichen Ausfertigungsdatum aufgetaucht. Die Erkennungsmerkmale dieser Noten sind folgende: Das Papiergeld besteht aus zwei zusammengeklebten Blättern mit dazwischen gelagerten Fasern. Die Vorderseite zeigt ein großes, vermishtes Geometrisches Bild mit einem in unregelmäßigen Linien angelegten nachgezeichneten Frauenbildnis.

An Hartgeld befinden sich im Verkehr: falsche Dreimarkstücke, aus Blei und Zinn gegossen. Sie sind leicht am fettigen Griff, der schlechten Prägnanz und dem bleiernen Klang erkennbar und ebenfalls aus Messing, die schwach verbleicht sind. Die Silberaufgabe greift sich schnell ab, jedoch das Messing bald zum Vorschein kommt. Ferner sind im Umlauf: falsche 2- und 1-Markstücke, beide aus Blei und Zinn gegossen und ebenso wie die 3-Markstücke erkennbar.

Zahlreich ist der Umlauf der falschen 50-Pfennigstücke. Diese Fälschungen bestehen in verschiedenen Legierungen. Sowohl Blei in Frage kommt, lassen sie sich biegen. Die aus Messing hergestellten Stücke sind glänzend und greifen sich leicht ab, die aus Zinn gefertigten Stücke brechen bei leichtem Druck.

Es wird bei dieser Gelegenheit erneut gebeten, dem Geldverkehr erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Damit den Fälschungs- und Falschgeldverbreitern die das Wirtschaftslieben in so gemeingefährlicher Weise schädigen und das Publikum beunruhigen, sowie das Vertrauen zu den Zahlungsmitteln erschüttern, das Handwerk gelegt werden kann und das Publikum vor Schäden bewahrt bleibt. Es ist unbedingt notwendig, daß diejenigen Personen, die Falschgeld in Zahlung geben, sofort dem nächsten Polizeibeamten zugeführt werden.

Die Kriminalpolizei bittet, etwaige Wahrnehmungen, die den Verdacht der Fälschungs- oder der Verbreitung von Falschgeld gegen bestimmte Personen rechtfertigen, der Falschgeldstelle, Schulstraße 46, Zimmer 3, mitzuteilen. Die Mitteilungen werden in allen Fällen streng vertraulich behandelt werden.

In diesem Zusammenhang sei wiederholt darauf hingewiesen, daß Reichsbank und Rentenbank für Angaben, die zur Ermittlung der Täter führen, hohe Belohnung ausgesetzt haben. Auf die Erreichung der in Düsseldorf festgenommenen hatte die Reichsbank eine Belohnung bis zu 6000 RM. ausgesetzt.

Brand mit Menschengefahr.

Am Donnerstag entstand am Nachmittage, gegen 1/5 Uhr, auf dem Grundstück Moritzstraße 8 ein gefährlicher Bodenbrand. Löschversuche des Hausmeisters waren ohne Erfolg. Die Feuerwehr, die von drei Seiten alarmiert war, fand bei ihrem Eintreffen das Dachgeschoss stark verqualmt vor. Der Brandherd lag in den neben der Treppe hohlräumigen gelegenen Bodenräumen. Durch Qualm und Hitze war den Bewohnern der drei Treppenwärts gelegenen Wohnungen der Rückzugsweg über die Treppe abgeschnitten. Gleichzeitig mit den Rettungsarbeiten wurde die Bekämpfung des Brandes vorgenommen. Durch den Qualm hindurch drang die Feuerwehr zum Treppenturm in die Wohnungen ein, um die Bewohner, die sich an den Fenstern ihrer verqualmten Wohnungen aufhielten, zu befreien, während gleichzeitig auf der Straße zwei Magistrateleuten aufgestellt wurden. Ueber diese wurden drei Frauen und ein Kind unverletzt in Sicherheit gebracht. Frau Wallack, Frau Hajek mit ihrem dreijährigen Kind, Frau Anna Hermann. — Um das Vordringen zu dem Brandherd zu erleichtern, wurde eine dritte Magistrateleute nach dem Dach aufgestellt, von wo aus durch Öffnen der Bodenluke Luft gemacht wurde. Es gelang nunmehr, den Brand in kurzer Zeit abzulöschen und jede Gefahr zu beseitigen. Hierzu waren zwei im Treppenturm vorgenommene Schlauchleitungen, die von einem Hydranten gespeist wurden, erforderlich. Von dem neun

drei wurden erhalten. Die Entschuldigungsfrage des Brandes konnte nicht ermittelt werden. In Tätigkeit traten die Löschiige 1, 2, 6 unter Leitung des Brandleiters Dr. Kaiser. Die Vorkräumungsarbeiten zogen sich bis gegen 17 Uhr hin. Herr Stadtrat Schölk, der Deputiert der Feuerwehr, verließ einige Zeit an der Brandstelle.

Vom Sechstage-Rennen.

Am Donnerstag in den Morgenstunden gab es nach dem Beginn des neutralisierten Rennens einige Vorstöße, an denen sich aber die übrigen Fahrer rechtzeitig anhängen konnten oder die Vorstößenden wegen Ausschleusigkeit bald wieder abstoppten. Dann ging es in die große Erholungsphase des ersten Tages, in der im Durchschnitt nur 15 Kilometer gefahren wurden. Am 12 Uhr mittags war die Neutralisation des Rennens zu Ende und das Tempo verdoppelte sich bis zur 3-Uhr-Nachmittags-Wertung um das ungefähr Doppelte mit folgenden Spurts:

- 1. Spurt: van Kempen, van Ref, Choury, Hahn.
2. Spurt: Tonani, Stabe, Verschelden, Lehmer.
3. Spurt: Choury, van Kempen, Hahn, van Ref.
4. Spurt: Faudet, Tonani, Tich, Verschelden.
5. Spurt: van Kempen, Gottfried, Choury, Hahn.
Um 1/2 Uhr begann die zweite Nachmittags-Wertung.
6. Spurt: Choury, Behrendt, Kieger, Tonani.
7. Spurt: Faudet, Oliveri, Stolz, Gottfried.
8. Spurt: van Kempen, Tonani, Choury, Lehmer.
9. Spurt: Faudet, Oliveri, Hahn, Stolz.
10. Spurt: Kieger, Saldow, Thomas, van Kempen.

54,580 Kilometer waren bis um 5 Uhr zurückgelegt. Das Tempo wurde nach den Wertungen erheblich mäßiger. Nach 8 Uhr abends kamen die Fahrer etwas zahlreicher und damit gab es auch Anporn für die Fahrer. Bekemolen, dessen Fahrer durch Sturz ausgeschieden ist, führte das ganze Feld in raschem Tempo um die Bahn. Ein Ausreißerversuch von Faja hatte keinen Erfolg, ebenso folgte von Martin, Bujisse und Tonani. Diese Ausreißerversuche bewirkte äußert geschickt das Breslauer Paar Kieger-Knappe zu einem Vorstoß, der nach einer einige Minuten dauernden Jagd auch wirklich von Erfolg war. Beide hatten das ganze Feld um eine Runde überholt. Der Beifall darüber wollte kein Ende nehmen.

Die 10-Uhr-Wertung brachte folgende Spurts:
1. Spurt: Faudet, Tonani, Lehmer, Bauer.
2. Spurt: van Kempen, Kieger, Stabe, Choury.
3. Spurt: Faudet, Tonani, Hahn, Pohl.
4. Spurt: Choury, van Kempen, Kieger, Häusler.
5. Spurt: Knappe, Faudet, Tonani, Hahn.
6. Spurt: Stabe, Behrendt, Kieger, Choury.

In den ersten 24 Stunden waren 709,460 Kilometer zurückgelegt.

Um 2 Uhr nachts zeigte die Wertung folgendes Ergebnis:
1. Spurt: Gottfried, van Kempen, Kieger, Choury.
2. Spurt: Knappe, Faudet, Oliveri, Tich.
3. Spurt: van Kempen, Gottfried, Kieger, Tonani.
4. Spurt: Faja, Tich, Stolz, Lehmer.
5. Spurt: van Kempen, Pohl, Persijn, Hahn.
6. Spurt: Faja, Tich, Oliveri, Lehmer.
7. Spurt: Tonani, Häusler, Pohl, Persijn.
8. Spurt: Knappe, Stolz, Bauer, Gang.
9. Spurt: van Kempen, Kieger, Gottfried, Saldow.
10. Spurt: Faja, Knappe, Stabe, Thomas.
Der Stand des Rennens nach Abschluß dieser Wertung ist folgender:

- Knappe-Kieger 74 Punkte.
Eine Runde zurück:
Faudet-Choury 114 Punkte.
van Kempen-Faja 113 Punkte.
Tonani-Oliveri 58 Punkte.
Hahn-Tich 37 Punkte.
Stabe-Pohl 23 Punkte.
Saldow-Bauer 22 Punkte.
van Ref-Bujisse 20 Punkte.
Persijn-Verschelden 9 Punkte.
Thomas-Martin 6 Punkte.
Zwei Runden zurück:
Gottfried-Gang 20 Punkte.
Behrendt-Stolz 21 Punkte.
Lehmer-Häusler 15 Punkte.
Bekemolen als Zuschauer 0 Punkte.

Der Besuch am Abend und in der Nacht hätte ein bedeutend besser sein können. Am Freitag, morgen um 3 Uhr waren 874,340 Kilometer zurückgelegt.

Nach dieser Wertung traten besondere Vorformulare nicht ein. Der Stand des Rennens blieb der gleiche bis zum Eintritt der Neutralisation. Um 8 Uhr morgens, also nach 24-stündiger Fahrt waren 989,720 Kilometer zurückgelegt. Ständig

Zum Protest gegen die Fürstenraffgier

betreten heute abend alle die Versammlungen
im Zentralballsaal, Westendstraße,
bei Brauer, Gabitzstraße, Sanssouci, Mehlgasse.

Untreue eines städtischen Kassenbeamten.

Das Kassamt des Magistrats meldet:
Bei einer internen Prüfung der städtischen Sparkasse zu Breslau hat sich herausgestellt, daß der stellvertretende Leiter der Giroabteilung unrichtige Buchungen gemacht hat, um Überziehungen eines Kontokorrentkunden zu verschleiern. Der Betrag beläuft sich auf ungefähr 90 000 Mark, für welche voraussichtlich Deckung vorhanden sein wird. Die fragliche Art der Buchung ist jedoch nicht zulässig, da diese Buchungen sich noch auf weitere 45 000 Reichsmark erstrecken, für welche zurzeit eine Deckung nicht vorhanden ist. Daß der etwaige Schaden hieraus die Sparkasse nicht berührt, bedarf bei ihren großen Reserven keiner Hervorhebung.

Die Schulferien für Niederschlesien.

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat die Schulferien für alle Schulen Niederschlesiens, die sich an Orten mit höherem Schulniveaus befinden, für das Schuljahr 1926/27 wie folgt festgesetzt:

- Osterferien: Schluß Mittwoch, den 31. März 1926, Schulanfang Mittwoch, den 14. April 1926.
- Pfingstferien: Schluß Freitag, den 21. Mai 1926, Schulanfang Dienstag, den 1. Juni 1926.
- Sommerferien: Schluß Mittwoch, den 7. Juli 1926, Schulanfang Dienstag, den 10. August 1926.
- Herbstferien: Schluß Donnerstag, 30. September 1926, Schulanfang Dienstag, den 12. Oktober 1926.
- Weihnachtsferien: Schluß Donnerstag, den 23. Dezember 1926, Schulanfang Dienstag, den 11. Januar 1927.
- Osterferien 1927: Schluß Mittwoch, den 6. April 1927, Schulanfang Donnerstag, den 21. April 1927.

Nach der Verfügung der Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, vom 21. Dezember 1925, gilt diese Ferienordnung auch für die der Regierung unterstellten Volk- und Mittelschulen in den vorgezeichneten Orten.

Am letzten Schultage vor den Ferien ist der Unterricht nach der dritten planmäßigen Stunde zu schließen. Die Anstaltsleiter sollen jedoch befreit sein, Schüler und Schülerinnen, die sonst die Heimreise oder ein anderes Reiseziel nicht rechtzeitig erreichen können, je nach Bedarf früher zu entlassen, sowie auch, falls eine erhebliche Anzahl von Schülern oder Schülerinnen in Frage kommt, nach pflichtgemäßem Ermessen entsprechend dem Abgange der Züge den Unterricht allgemain früher zu schließen.

Kommunistische Sammlungen.

Für den Volksentscheid über die Fürstenabfindung arbeitet jede Partei selbständig, besonders auch bezüglich der Aufbringung der Mittel. Sozialdemokraten zeichnen nur auf Sammellisten der Sozialdemokratischen Partei. Aus dem Oberland ist uns gemeldet worden, daß „Karte Kampfer“ für einen „gemeinsamen Kampffonds zur Durchführung des Volksentscheides“ gesammelt hätten. Die „Arbeiterzeitung“ bestreitet das zwar, doch wird unser Gewährsmann schon recht gehabt haben, muß doch die „Arbeiterzeitung“ zugeben, daß am Kopf der Liste darauf hingewiesen wird, daß es sich „um die Durchführung des von beiden Parteien eingebrachten Gesetzes“ handelt.

Wie dieser Tage die „Arbeiterzeitung“ jagte, muß für „Partei in Rot“ und „gegen Fürstenabfindung“ gesammelt werden. Mit ziemlicher Sicherheit ist anzunehmen, daß die Kommunisten den Volksentscheid in erster Reihe betreiben werden, um „ihre Partei aus der Rot“ zu befreien, während unsere Partei die Kosten des Volksentscheides aufbringen muß. Wir haben aber nur am Volksentscheid, nicht aber an „Partei in Rot“ ein Interesse. Deshalb: kein Geld auf fremde Listen, wer weiß, für welche Nebenwende; sondern man zeichne nur auf Listen der Sozialdemokratischen Partei! Man lese sich jede Liste genau an und prüfe, von welcher Seite sie kommt.

Zum Gipfel der Welt.

Der dritte Angriff auf den Mount Everest. Ein Naturfilm von einzigartiger Schönheit, leuchtend zum letztenmal in den Gewerkschaftshäusern-Schiffen. Eintrittspreise für Kinder wie Erwachsene, letztere mit Ausweis, 25 Pfennige, Saalplatz 50 Pfennige, Balkonplatz 75 Pfennige inklusive Steuern.

Prag im Rundfunk.

Der Prager Rundfunk enthielt am nächsten Sonntag, den 14. d. Mts., um 8 Uhr abends, aus seiner neuen 5 KW-Stations - Welle 368 - sein erstes für das Ausland bestimmtes Konzert.

* Herr Fleischmann vom Rosenversteck „Freie Meinung“ hat im Ausland nicht lange ausgehalten. Seine nach Breslau zurück und wurde daraufhin hier promoviert.

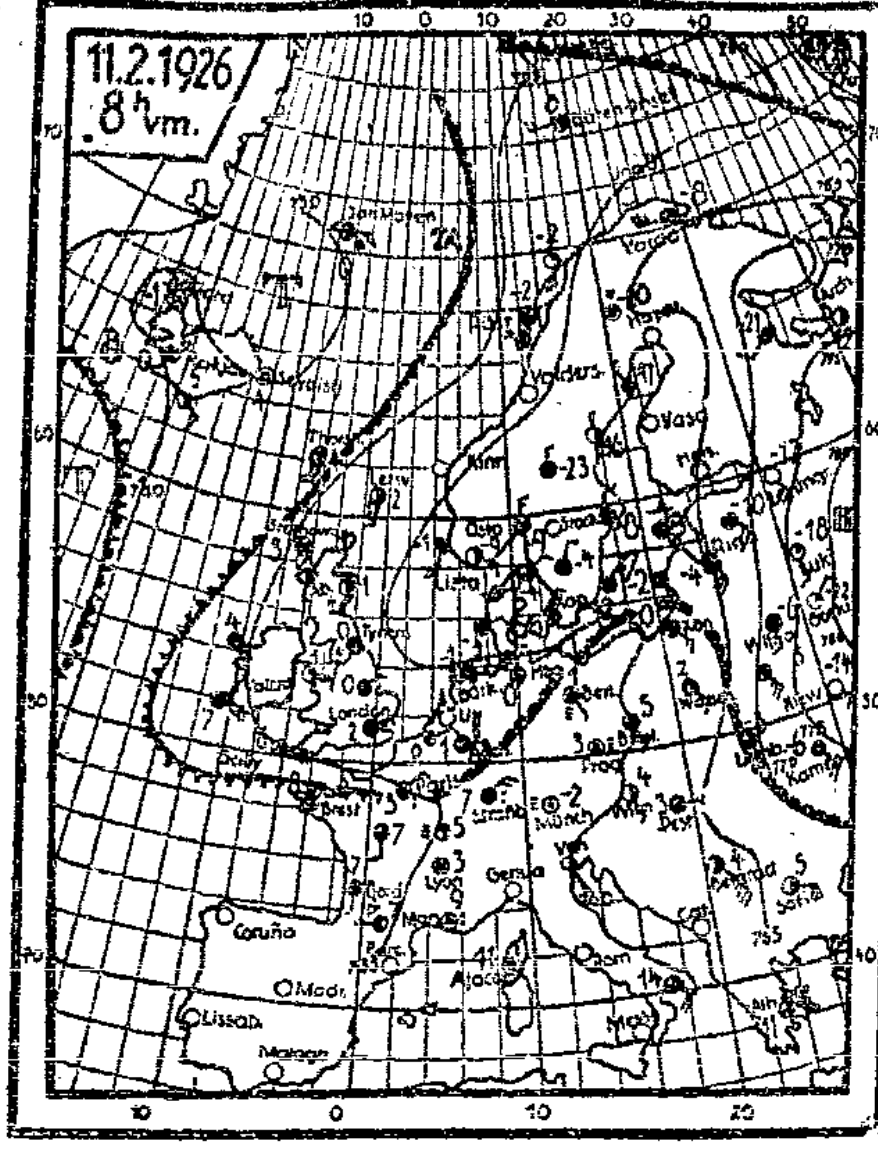
* 8. Ziehungsstag Preussisch-Schlesische Klassenlotterie. Wie uns die Firma Arndt, Staatliche Lotterie-Einnahme, Breslau 5, Cahaus Tausendplatz 1, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: 2 000 Mark auf Nr. 35 258, 5000 Mark auf Nr. 56 018, 51 179, 99 755, 193 509, 202 023, 3500 Mark auf Nr. 12 094, 118 246, 129 049, 202 115, 229 761, 248 253, 288 494, 292 851, 3000 Mark auf Nr. 7943, 39 567, 38 039, 110 192, 129 771, 159 067, 171 051, 191 453, 215 223, 217 576, 1600 Mark auf Nr. 8453, 6393, 13 531, 20 400, 24 550, 31 000, 40 630, 43 003, 54 221, 54 460, 58 423, 65 298, 68 170, 81 322, 101 316, 129 807, 125 236, 142 411, 142 765, 156 658, 175 740, 191 878, 192 837, 193 415, 200 744, 214 243, 218 554, 249 390, 241 424, 264 462, 270 315, 274 726, 285 412, 295 399.

* Die letzten Vorbereitungen des Julius Strahburger bringen alle die großen Schläger der neuen Spielserie zur Wiederholung, darunter auch die tüchtige Schießerei des Hrn. Dicke, der auch in der Nachmittagsvorstellung des Hrn. Dicke, der auch in der Nachmittagsvorstellung am morgigen Sonntag und am Sonntag gegen nicht nur halbes Preis, sondern es hat außerdem jeder Erwachsene das Recht, ein angehöriges Kind gänzlich kostenfrei einzulassen. Billets für Parterre und an den Zirkustischen.

* Warnung vor einem Hinterlistigen. Seit einiger Zeit treibt sich in verschiedenen Städten ein Paul Galle, geboren am 12. März 1888 in Währmann 1. C. umher. Er versucht, bei Offizieren oder sonstigen Beamten sich unter Vorpreisung falscher Tatsachen Geld zu erschwindeln. Galle ist von 1918 bis 1924 in verschiedenen Heilanstalten untergebracht gewesen und am 22. Februar 1921 wegen Geisteskrankheit ermündigt worden. Alle Offiziers- und sonstigen wahlberechtigten Verbände werden vor dem Schwabler gewarnt, da er für seine hinterlistigen Handlungen nicht verantwortlich zu machen sein dürfte.

* Schiller'sche Kinderrevue. Am 2. Februar in den Kommunitäten hat ein unbekanntes Mann ein 6 Jahre altes Mädchen von der Alsterstraße bis in die Gegend der Schule an der Piesinger Straße geführt und dort an ihm wertvolle Handlungen vorgenommen. Der Vater wird beschrieb: 30-43 Jahre alt, mittelgroß, fröhliche Gesicht, mades Gesicht, gelblichen Haare, Schnauze. Er war bekleidet mit grauem Anzug, dunklen Hut, brauner Schärpe, trug jedoch keinen Mantel. Angaben zur Verhaftung des Mannes werden nach dem Büro der Staatspolizei, Schillerstraße 46, Zimmer 15, zu S. P. 57243 erbeten.

* Einbrecher. Gestern, vormittag um 10 Uhr, wurde die Kasse nach Kassennummer 178 in einem Eisenkoffer gefunden. Durch das Spiel kleiner Kinder mit Streichhölzern war eine Kasse in Brand geraten. Da das Feuer von den Kindern selbst bemerkt wurde konnte es gelöscht werden.



Amthlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krieger bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Der Bericht der milden Luft vom Balkan her hat ganz Ostdeutschland und Polen bis an die Ostsee zuweilen gebracht. Unterstützt durch Föhnwindung steigen in Schlesien die Temperaturen bis an 10 Grad. Die ganz flache, noch am Boden liegende Kaltluft über Norddeutschland bedingt dichten Nebel. Da vom Eismeer ziemlich kräftige Störungen nach Skandinavien vordringen, werden die Reste der skandinavischen Kaltluft gegenwärtig südwärts vorgezogen. Bei dem Anhalten des milden Südbroms in der Höhe besteht daher für unsere Provinz die Gefahr größerer Niederschläge. Ausichten: Temperaturrückgang, steifig neblig, bewölkt, Neigung zu leichten Niederschlägen.

Das Wetter im Gebirge.

Schneehöhe meldet: 20 Zentimeter Gesamtschneehöhe, minus 2 Grad, Nebelneigen, SW 6; Krummhöhe: 4 Grad, bedeckt, windstill; Teichmannhöhe: 4 Grad, bedeckt, windstill; Schillinghöhe: 20 bis 40 Zentimeter Schneehöhe, null Grad, bedeckt, windstill; Spring-Heinrich-Bunde, Schleierhaus, Weidenbunde: 10 bis 60 Zentimeter Schneehöhe, minus 1 Grad, Nebel, windstill; Humpelbunde: 30 bis 40 Zentimeter Schneehöhe, null Grad, bedeckt, windstill, Sportmöglichkeit auf dem Kamme leiblich; Bad Lindenbergl: 5 Grad, wolkig; Süd 2; Heu-Judenbunde: 10 Zentimeter Gesamtschneehöhe, St. leicht verhärtet; Nebel gut, minus 1 Grad, Nebel, SW 4; Bad Landeck: 5 Grad, bedeckt, SW 7; Bad Reiner: 4 Grad, bedeckt, SW-Wind 1; Brückenberg: minus 2 Grad, bedeckt, SW-Wind 1; Grünwald-Höhe Wense: 2 Zentimeter Gesamtschneehöhe, St. mäßig, 2 Grad, bedeckt, Südwestwind.

Wasserstand

| 12. Februar | | 13. Februar | |
|----------------------------|-------|-------------------------------------|------|
| Katibor | 1,56 | Opatowitz | 2,09 |
| Reife (Stabi) | -0,90 | Abflussmenge je wöchentlich 123 cbm | |
| Reifenmündung (Unter-Bege) | 1,71 | Zwischen | 0,80 |
| Konera (Unter-Bege) | 2,75 | Büchsenberg | 1,33 |
| Strieg (Stadtkanal) | 2,42 | Wassermenge | +2,3 |

daß nennenswerter Schaden entstanden war. Die beiden kleinen Kinder hatten sich in und unter den Betten versteckt und waren von den Einwirkungen von Feuer und Rauch verschont geblieben.

* Brand einer Sommerlaube. Gestern abend, kurz nach 10½ Uhr, wurde die Sommerlaube der Breslauer Feuerwehr nach Rosenhölzle ausbrach; auf dem Scheiberg-Graben-Gelände in der Nähe der Deminger Friedhöfe brannte eine größere Sommerlaube. Die Spritze brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten, da bei Einbruch die Laube bereits niedergebrennt war. Die Entstehungsursache ließ sich nicht ermitteln.

Arbeiter-Sport.

Arbeiter-Kartell für Sport- und Körperpflege, Breslau. Sonnabend, den 12. Februar, ist die außerordentliche Kartellversammlung, abends Punkt 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Der wichtigste Tagesordnungspunkt war die Wahl der Delegierten. Die vierde, fünfte und sechste Männer-Abteilung der dritten Turnerschaft entsenden zu der Sitzung je einen Delegierten, welcher an den Abteilungsveranstaltungen am Sonntagabend nicht aktiv teilnimmt. Es ist unbedingt nötig, daß sämtliche Vertreter pünktlich erscheinen. Die Beihilfe, welche am Sonntagabend gefordert werden, sind für alle Vereine bindend. Tagesordnung: 1. Abrechnung der Kassenlage, die Kassenberichte und weitere Beihilfen; 2. Wahl der Vorstandsmitglieder und stellvertretenden Leiter; 3. Bericht des Vorsitzenden. Sonntägliche Unterweisung. Am Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 3½ Uhr, stellt der Schwimmverein „Poseidon“ vierzig Schwimmerninnen. Die Schwimmerninnen wollen davon Kenntnis nehmen.

Geschäftliches.

Das Geschäftsbüro ist eine kommissarische und meist nicht gern geübte Beschäftigung. Am diese täglich notwendige Arbeit leicht und mühelos zu bewältigen, nimmt man das bekannte Putz- und Scheuermittel „Fata“ zu Hilfe und hat in überraschend kurzer Zeit eine blanke Herdplatte.

Sitzliche Gewerbearbeiten auch unterwegs. Besonders beim Fahren hat man gern das Gewerbe, nicht nur Fleisch, sondern auch kleinen Zeller Gemüse, wie Mutter oder Frau (in letzter auch im Winter täglich auf den Tisch bringen können. Jeder in der calleganten Laube des Hildesheimer und der Grashofstraße, noch in der Gasse, nach im Balkenburger Bergland, weder in Gassenhaken, noch in Hotels braucht man jetzt voraus zu richten. Denn jede Gaststätte, jeder Kneipen braucht nur aus Telefon zu gehen und beim nächsten Kaufmann eine Kollektion anderer ähnlicher Qualitäten-Konkurrenz Wettbewerbs mit dem Garantier-Kauf zu bringen. Sogar in den Gedrängten ist diese erste und beste Karte wohl bei allen Kaufleuten zu haben.

Wohlfühl-Süßweine
dann erhitzen Sie Konstantien

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5652.

SD. Heute abend müssen alle Mitglieder um 7 Uhr in den gestorn Ernannten Lokalen sein.

Kommunalbeamte. Montag, den 15. Februar, abends 7½ Uhr, Spritz-Gesellschaft, Regierungsrat Dr. Samburg im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses über „Republikanische Demokratische Partei“ in öffentlicher Kommunalbeamten-Versammlung. Bericht für guten Besuch.

Öffentliche Grenzversammlung Montag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, in allen Stadtteilen.

Abteilung Nikolator. Dienstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, bei Art, Berlinerstraße 82, wichtige Funktionär-Versammlung.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Ortsverein. Alle Kameraden, die an der Bundes-Gründungsfeier in Hamburg teilnehmen wollen und an der gestrigen Besprechung nicht teilnehmen konnten, erhalten nähere Auskünfte über die Abreise usw. im Büro gegen Hinterlegung des Jahresgeldes und den Betrag der Beitrittskarte, insamt von 31,50 Mark. Das Jahresgeld sämtlicher Hamburg-Fahrer muß zwecks Beschaffung des Gesellschaftsfahrcheines bis spätestens Montag, den 15. d. Mts., abends 7 Uhr, in unserem Büro gegen Quittung abgegeben werden.

Abteilung Ost. Sonntag, den 14. d. Mts., vormittags 8½ Uhr, Eintreten Ost-Lobes- und Steinstraße (Depot).

Von den Arbeiterkinderfreunden!

Konfirmanten. Am kommenden Sonntag von 8-10 Uhr, kommen wir in der Volksschule, Waterloostraße, zusammen. Die Kinder aus der Gruppe 2 treffen sich um 7½ Uhr im Brausebad, die aus der Gruppe 6 7 Uhr, Bohrauer, Ecke Schulgrabenstraße. Die Kinder aus den übrigen Gruppen sind um 8 Uhr in der Volksschule, Waterloostraße. Ihr müßt pünktlich erscheinen, weil uns um 8 Uhr für unser Schachspiel nur eine knappe Stunde zur Verfügung steht. Nachdem ihr die Genossenschaft, den ihr alle noch von der Revolutionsfeier aus kennt, über die „Arbeiterkinderbewegung“.

Selbst. Ab nächster Woche finden unsere Helferbesprechungen Donnerstag statt. In der nächsten Helferbesprechung müssen sämtliche Programme abgerechnet werden und alle Berichte und Abrechnungen bis einschließlich Januar erledigt werden. Gruppe 1. Heute fällt unser Gruppenabend aus.

Freigewerkschaftliches Jugendpartei.

3. d. Mts.-Jugend. Sonntag, den 14. Februar, treffen wir uns vormittags 10 Uhr vor der Hauptfeuerwache, Weichstraße, um die Feuerwehr zu beschäftigen. Abends 7 Uhr: „Wilhelm Suhr-Wend“ im Gewerkschaftshaus. Der Abend wird von Musik und Rezitationen umrahmt sein. Wir erwarten, daß unsere Jugendfreunde recht viel neue Mitglieder einführen.

Arbeiter-Jugend.

Jugendleiter (Jünger-Gruppe). Unsere Arbeitsgemeinschaft ist Sonnabend im Gewerkschaftshaus.

Bereinskalender.

Berein heimattreuer Oberstleutnant, Bezirksgruppe „Nordwest“. Am Sonntag, den 13. Februar, im „Schlesischer“ Gasthaus, Beginn 7 Uhr. — Am Freitag, den 19. Februar, im „Lohnhof“, Berlinerstraße 20, abends 8 Uhr, Hauptversammlung mit Wahl des Vorstandes.

Zentralverband der Maschinisten und Heiser. Sonntag, den 14. d. Mts., vormittags 9½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung statt. Da eine sehr wichtige Tagesordnung zur Verhandlung steht, so ist es unbedingt notwendig, daß die Versammlung von den Kollegen besucht ist.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau.

Fachgruppe der Ofen- und Tischler. Dienstag, den 16. Februar, nachmittags 7½ Uhr, findet im Zimmer 19 des Gewerkschaftshauses unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung: Wahl der Sachgruppenleitung. Das Erscheinen eines jeden Kollegen wird dringend ermahnt. Die Sachgruppenleitung.

Fachgruppe der Maurer. Mittwoch, den 17. Februar, abends 7½ Uhr, findet im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses unsere Monatsversammlung statt. Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist Pflicht. Die Sachgruppenleitung.

Konzerte.

Nieder- und Ureinabend.

Das auf Bühne und Leinwand eingerichtete „Starwerk“ macht sich auch auf dem Konzertpodium breit. Das Publikum, dieser auf Begehr und Verderb der öffentlichen Musikpflege einflußreiche Faktor, hat seine erklärten Liebhaber und spricht in dieser Hinsicht ein sehr strenges, nicht immer gerechtes Urteil. Es muß doch zu denken geben, daß in Rembau, ein von der Stufe der Vollkommenheit nicht weit entfernt, erster Künstler, nicht imstande ist, unseren kleinen Kammermusiksaal vollständig zu besetzen, während Bläser wie Schallapin oder Trübsch, oder Naturorgel, wie die Joogün, riesige Verehrerpreise besitzen. Maria Joogün sang im Konzerthausaal ein buntes Programm, Gemisch aus alten Italienern, Schubert, Brahms, dem Franzosen Debussy und — Volksliedern; sympathisch berührte, daß die üblichen Arien aus der deutschen Bühne beheimateten Opern fehlten. Die Künstlerin verdankt ihren Weltzug dem nicht eben jülgigen, auch nicht besonders weichen, aber für die kunstvolle Anwendung heftigster Kontraste geradezu geschaffenen, dießjamen Sopran. Bis zum letzten Programmteil strahlte das Organ leider nicht in voller Klarheit, der hohen Konvolute bemächtigte sich eine leichte Raueheit. Immerhin drang noch genug Edelklang durch. In der Geländetechnik teilt die Joogün mit ihren berühmten Kollegen leider, öfter als erlaubt, die Lässigkeit. Man muß sich hier an die Allgemeinheit halten, um durch Unebenheiten im Kleinen nicht im Genuß gestört zu werden. Da gibt es „legatogedymter“ effektvollende Schlupfinteralle, in der Aussprache das bequeme H-Einzieheln in einen auf mehrere gebundene Töne verstellten Fotal („Zuhälter“) bei zart angelegter exponierter Höhe, gelegentlicher Intonationstrübung, im Liedervortrag besonders bei Brahms, gegen Inhalt und Stimmung verstößende Eigenmächtigkeiten. Die italienischen Arien des Veronesians Lotti und des neapolitanischen Meisters Rossini wurden dagegen mit entzückender Koloraturtechnik genommen, das Schubert'sche Lied „Der Firtz auf dem Felsen“, mit Klarinette (Herr Zedler), gefiel in der feinkörnigen Wiedergabe, das raffinierte norgetragene Debussy'sche „Näthen von Cadix“, ein im Carmenstil gehaltenes Kompositionen, wurde wiederholt werden, doch sechs Volkslieder, erste und weitere, fehlten den Höhepunkt des Abends dar. Hier hatte sich die Stimmung bereits „eingelungen“, der schlüchte, von Herzen kommende Vortrag des „Mittstades“ („Da droben auf jenem Berge“) erwärmte plötzlich — während alles Vorherige nur interessierte — und die mundartlichen Scherzlieder wurden so trefflich ausgelegt, daß man jedes als gelungenes Muster empfand.

Der routinierte und geschulte, und gemäß etwas überjüchtige, Michael Kaucheisen begleitete sympathisch. Der Beifall war nach den Volksliedern am stärksten, Jugenden überlegen nicht aus. W. S.-der.

Stadt-Theater
Freitag 8 Uhr:
Sohns-Grählungen.
Sonnabend 8 Uhr:
Zitron und Blöde.
Sonntag 11 1/2 Uhr:
Der Tanz im Wandel
der Zeiten.
(Am lustigsten Tanz bis zur
Wälzzeit des Balletts.)
Kleine Preise.
7 1/2 Uhr: Gastführung!
Der Karneval in Rom.

Lobetheater
Besingerstr. 8, Tel. 6774.
Freitag, 12. Februar 8 Uhr,
Sonnabend, 13. Februar 8 Uhr:
Der frühliche Weinberg.
Thalia-Theater
Görschstr. 3, Tel. 6700
Freitag, 12. Februar 8 Uhr:
Treffschüssel.
Sonnabend, 13. Februar 8 Uhr:
Zum ersten Male!
Der Diener zweier Herren

Lieblich-Theater
Telefon Stephan 34646
Täglich 8 Uhr:
Die größte Sensation!
Das Rätsel der
20. Jahrhunderts!

To Rhama
Das Wunder der Wälder!
beruht sich selbst und
Löwen, Krokodile,
Riesenschlangen.
Dazu ein aussergewöhnliches
Variété-Programm.
Zeitgemäße billige Eintritts-
preise von 0.75 Mk. an.
Jeden Sonntag 3 1/2 Uhr:
Nachmittags-Vorstellung
zu halben Preisen.
Jugendliche haben Zutritt.

Nur noch 4 Tage!

**ZIRKUS
STRASBURGER**

Die gewaltigste Sensation des Tages



8 Meter offene Schleife
und der große Spielplan.

Billets: Karasch und Zirkuskassen.
Morgen und Übermorgen je 2 X nachm. 3.30
abends 7.30
Nachmittags trotz halber
Preise jeder Erwachsene
ein angebrühtes
Kind frei!

Ah-Lichtspiele
Schweitzer Straße 37

Promenaden-Theater
Fronsdorfer u. Demitzkanalpl.

Uraufführung!
Der
Sittenroman
La Garçonne!
Die Frau
am Scheidewege.
Ein Streifzug
in das Gebiet des
8 175

Uraufführung!
**Larry
Semon**
im Groß-Lustspiel
**Auf nach
Illustrien**
Eine tolle Kiste in 8 Akten.
Dazu: 10551
2 Lustspiel-Komödien
sowie
Trianon - Woche
mit neuen Modenschöpfungen

Druckerei Volkswacht Ausführung
Breslau 2 aller Druckarbeiten
Flurstraße 4/6

Berein Breslauer Detailisten G. B.
Montag, den 13. Februar, abends 8 Uhr,
im Saal der Neuen Börse, Graupenstr. 15:
Schaubühnen
Jahresbericht, Sachstandsbericht, Statistischer
Bericht.
3981

Victoria-Theater Täglich 8 1/4
Vorzeiger
dieser Annonce hat
Revue: „Mal was
anderes“ mit **Robert Steldt**
1/3 Ermäßigung 1/3
auf allen Plätzen
außer Balkon und Loge

Schauspielhaus
Operettenbühne.
Tel. Stephan 37666.
Freitag, Sonnabend, Sonntag,
Dienstag und Donnerstag
8 Uhr:
Gastspiel **Ellie Leux**
Auffreten **Walter Jankahn**
In neuer Ausstattung:
Die Teresina
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Die Doktorprinzessin.
Montag, Mittwoch und
Freitag 8 Uhr:
Gastspiel **Ellie Leux**
Auffreten **Walter Jankahn**
In neuer Ausstattung:
Der Orlow.

Neu eingedichtete gemütliche
alkoholfreie Gaststätten
am Neumarkt u. Trebnitzer Platz.
Mittelmäßiger Aufenthalt, preis-
werte reichhaltige Speisekarte.
Leinwand serviert.
Geöffnet von früh 8 Uhr
bis abends 8 Uhr.

Buchhandlung
Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, 9. Graupenstr.

Ratsweinkeller Breslau.
3 große Probetage!
Freitag, den 12., Sonnabend, den 13., Sonntag, den 14. Februar

Als besonders preiswert und hervorragend schön kommen zur Ausgabe:
1921er Oppenheimer RM. 2.60 per Fl.
1921er Liebfrauenmilch RM. 3.90 per Fl.

Ferner:
Schoppenweine von 40 Pf. pro 1/4 Ltr. an
Hervorzuheben:
1922er Laubenheimer RM. 0.50 per 1/4 Ltr.
1922er Doldesheimer RM. 0.75 per 1/4 Ltr.
1923er Bedtheimer RM. 0.90 per 1/4 Ltr.

Auf Wunsch als Schoppenwein neu eingeführt:
1921er Typ Sauerne RM. 1.00 per 1/4 Ltr.

58militäre Preise für Flaschen wie Schoppenweine verstehen sich inkl. Wein-
Geldsteuer und Bedienungsgeld.

Flaschenverkauf auch im Ratsweinkeller.

Jupiter- | Wartburg-
Lichtspiele | Lichtspiele
Westendstraße 50-52 | Grübchener Straße 94a

Nur Freitag bis Montag in beiden Theatern gleichzeitig

Die eiserne Braut



Former das bekannt gute, grosse Beiprogramm

Sonntag 3 Uhr, Einlass 2 Uhr: **Grosse Sonder-Jugendvorstellung**
Die eiserne Braut, mit vollem Orchester. 2209

**Konzerthaus
WAPPENHOF**
Breslau-Morgenau
Tel. Ring 8907. — Endstation Linie 4

Morgen Sonnabend, den 13. Februar:
Großer Maskenball
maskiert und unmaskiert
veranstaltet vom 10549
R.-V. „Rechtsprung“

T. d. N.
Fürstenstraße Nr. 32 10534

Ab Freitag, den 12. bis 18. Februar:
Das Phantom der Oper
und glänzendes Beiprogramm.
Ab 13. Februar:
Bismarck
Sonntag 2 1/2 Uhr: Jugend-Vorstellung.

Proletariat!
Besitzt die Hindernisse des
Sprachschranken! Lerne die
Weltsprache **Esperanto**,
die von Arbeitern aller Nationen

Sofort Geld!
Leihamt **Rother**
Zibschitzstraße 43, 1.

Lachen links!
Das Witzblatt
der Republik
Holt 20 Pfennige.

Zu bestehen durch die Buch-
handlung „Volkswacht“ und
die Zeitungsträgerinnen.

**Benutze die
Buchkarte!**
Für 50 Pf. wöchentlich
kannst Du Dir geistige
Schätze von unermess-
lichem Wert erwerben!

Buchhandlung

**Spotbillige
Extra-Angebote!**



Kleider
Gehardinekleider Baumwolle, in
vielen, schön.
Farben, mit Falten- u. Tressen-
garnierung Stück 5.95
Cheviotkleider reine Welle, lange
Ärmel, mit Tressen-
und Knopfgarnierung, in fünf
Farben Stück 10.50 7.95
Schottenkleider in mod. Farben-
stellungen, mit kurzem Ärmel
Stück 3.95
Schottenkleider mit langem Ärmel,
in großem, schönen Muster-
sortiment Stück 5.95
Rein-Popelinekleider moderne
wollene Kasch-
form, Rockteil plissiert, mit
lang. Ärmel, bis Gr. 46, St. 14.75 12.75
Rein-Sergekleider mit kurzem
Ärmel, Kaschform, in viel-
schön. Farb. Stück 12.75
mit weißem Wollkragen Stück 7.95
Tanzstunden- u. Balkkleider
aus Ia. Waschseide und K.-Seide, in
verschiedenen Ausführungen, 7.95
bis 9.95

Seidentrikot-Unterkleider
in großem Farbensortiment,
beste Verarbeitung, Stück 3.95 2.95

Blusen u. Röcke
Oberhemdblusen aus gestreiftem
flanel Stück 2.45 1.95
Kasaks aus hellen und mittelfarbenen
Velouren und Sport-
flanel Stück 3.95 2.95
Seidenjumper aus k. seidenerm
Trikot, in vielen
Farben, bewalt und bestickt,
Stück 3.25 1.95
Kasaks aus reinwollenerm Popeline,
Schottenstoff und Meeraner
Streifen, in großem Farben-
u. Mustersortiment, Stück 6.95 3.95
Kostüm Röcke aus praktischen Stra-
pazierstoffen Stück 3.95 2.95
extra weit
Kostüm Röcke aus reinwollenerm
Kammgarn-
cheviot Stück 3.95

Backfisch-Plisseeröcke
aus reinwollenerm Kammgarn-
cheviot Stück 4.95
Konfirmandenkleider
aus Ia. Schweizer Voll-Voile, mit
Stückerei reich garniert, nette
Verarbeitung, Länge 73, 6.75
Stück 13.75, 10.25

Konfirmandenkleider
aus reinwollenerm Popeline, weiß und
schwarz und langem oder kurzem Ärmel,
Kurbelstickerei und Glocken-
rock, Länge 80 Stück 19.75
Konfirmand.-Samtkleider
aus gutem Köpersamt, Glockenform
od. gezogener Rock in lang 21.50
Ärmel, Länge 90, Stück 35.50

Mädchenkleider aus Schotten-
stoffen, mit
langem Ärmel, gezogenem Rock und
Knopfgarnierung, für 5-13 Jahre, 3.75
für 5 Jahre Stück 3.75
Jede weitere Größe 40 Pf. mehr.

Mädchen-Schulkleider aus
guten
waschb. Velouren, mittelfarbige, 2.45
für 5-14 Jahre, für 5 Jahre Stück 2.45
Jede weitere Größe 35 Pf. mehr.

Lammfellmittel in schön. Farben,
m. Handstickerei,
für 1-2 Jahre
durchweg Stück 2.95

**Beinfarbige warme
Kinder-Schlüpfer**
schweres Futtertrikot
Paar 95 Pf.

**Schwere beinfarbige
Uebergangs-
Damen-Schlüpfer**
alle Größen
Paar 95 Pf.

**Ganz schwere
Dam.-Reformrosen**
marize Futtertrikot, kl. Fehler,
alle Größen
Paar 2.95

**Mollige hellgestreifte
Barchent-Hemden**
vollgroß, Männer Frauen
2.65 2.20

**1000 Paar
schwere gestrickte
Ersatzfüße**
f. stark gestr. Frauenstrümpfe
Paar 18 Pf.

**Schwere 1x1 gestrickte
Frauen-Strümpfe**
natürl. verstärkte Faser u. Fuß,
schwarz und braun
Paar 68 Pf.

**2x2 gestr. schwere graue
Stricksocken**
gute Winterqualität
Paar 48 Pf.

**Schwere graue
Futtertrikot-Unterhosen**
in 3 Größen, mit kleinen
Fehlern
Stück 1.25

**Schwere graue
Kind.-Futtertrikots**
z. Unterhosen, kl. gew. Fehler
Größe 70 80 90 100
1.15 1.39 1.95 1.75
Größe 69 95 Pf.

**Schwere graue
Futtertrikot-Herrenhosen**
mit kleinen Fehlern,
in 3 Größen
durchweg Paar 2.45

**Schwere
graue Futtertrikot-
Knaben-Rosen**
(Konfirmationshosen) 2 Größ.
durchweg Paar 1.95

**1x1 gestrickte
weiße Damen-
Unterhosen**
seine weillene Qualität
ohne Arm in ganz Arm
2.25 2.95

**Damen- u. Herren-
Stoffhausschuhe**
warm gefüllt, leicht Ledersohle
Paar 1.25

**Graue Damen- u. Herren-
Tuch-Hausschuhe**
Allledersohle, Absatzfleck,
mit Kappe 43-46 36-42
Paar 2.20 1.80
ohne Kappe 36-42 Paar 1.60

**Plessow
Waldschmidt**

Besuchen Sie unser
Spezial-
Schaufenster.



Besuchen Sie unser
Spezial-
Schaufenster.

5
Vorzüge



hat die
Rahma

MARGARINE
buttergleich

Geschmack und Nährwert der Naturbutter durch die Zusammensetzung aus Frischmilch und edelsten Speisefetten.

Stets gleiche Qualität durch die sorgsame Arbeit der vollkommensten Spezialmaschinen.

Vollendete Reinheit, da bei der Herstellung keine Menschenhand die Ware berührt.

Täglich frischer Versand in Hunderten von Spezialwagen nach allen Teilen des Reichs.

Unerreichte Sparsamkeit bei allen diesen Vorzügen, denn „Rahma buttergleich“ kostet

nur 50 Pfg. das 1/2 Pfd.

Brennholz
gibt laufend ab
Dampfzögner, Breslau X,
Berlinerstr. 116/117.

URANIA
12 Monatshefte und 4 Bücher
Der proletarische Strömung
Zu beziehen durch die Geschäftsstelle dieser
Zeitung und die Zeitungsträger.

Druckerei Boltswacht
Ausführung aller Druckarbeiten
Breslau 2 Hurlstraße 4-6

Zur Konfirmation

empfehle mein reichhaltiges Lager in
Herren- und Damenuhren

ferner
Uhrketten, Manschetten-Knöpfe, Kra-
wellen-Nadeln, goldene und silberne
Ringe, Kollern, Armbränder, Ohrringe,
Alpaka-Handtaschen etc.
in größter Auswahl

zu **Ausnahme-Preisen.**

Eigene Reparatur-Werkstatt.

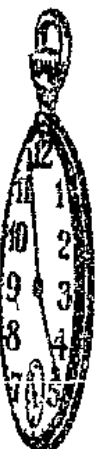
Albert Möwius

Uhren und Goldwaren

Schmiedebrücke 56

gegr. 1886 Telefon Ohle 5153

Achtung! Das von mir 1886 gegründete
Geschäft befindet sich nur
noch in d. Schmiedebrücke
nicht mehr
Kupferschmiedestraße



Masken - Kostüme

preisgekrönt, prachtvolle exakt. Anfertigung
sehr billig 3, 6, 9, 10 Mk.

Frau F. Neumann, Gartenstraße 38, Tel. O. 4190

**Lebensmittel-Großhandlung
Max Schönfelder**

Breslau 1, Albrechtstraße 56.

Bereits in meinem letzten Inserat
konnte ich amerit. Schweineschmalz im
Preis ermäßigen und heute bin ich in
der Lage, den Preis wie folgt festzu-
setzen:

1a amerit. Schweineschmalz per Pfd. 0.86

Ferner:

Rindertalg, frische Ware 0.65

Kotosfett in 1 Pfd.-Tafeln 0.67

Margarine:

Meine Spezialität „Die goldene Welle“
bester Ertrag für Landbutter p. Pfd. 0.68

and. fabrikmäßig, Marken v. Pfd. 0.75-1.00

Der billige Verkauf

in

Gemüse- und Früchte-Konserven

wird, so lange Vorrat, fortgesetzt:

Ich nenne hier nur einige Sorten
mit Preisen:

Gemüse-Konserven

per 2 Pfd.-Dose

Schnittbohnen, sauerfrei 0.66

Wachschbohnen 0.80

ff. Spinat 0.48

ff. Kohlrabi mit Grün 0.48

1a geschnittene Karotten 0.45

Junge kleine Karotten 0.82

Gemüse-Erbisen 0.80

Junge Schoten, feine 1.45

Pfefferlinge, verlesen 1.20

Früchte-Konserven

Apfelmus, Edelobst 0.63

Pflaumen, blau mit Stein 0.65

Pflaumen, blau ohne Stein 0.90

Stachelbeeren 0.95

Birnen, 1/2 Frucht 0.88

Mirabellen, Meger, beste 1.25

Die hier nicht angeführten Konserven
werden während meiner

billigen Verkaufstage

laut Original-Preisliste

mit 10% Rabatt abgegeben.

Neu eingetroffen sind wieder die vor

Weihnachten bei mir eingeführten gefüllten

Schokoladen-Bomben

und verkaufe:

| | | | |
|------|------|------|-----------------|
| 1 | 5 | 10 | Karton 50 Stück |
| 0.10 | 0.45 | 0.85 | 4.00 Mk. |

Qualität und Geschmack sind wunderbar

und liefern vollen Ertrag für die Haus-

bäckerei.

Ferner bringe ich als ganz besonders

billig zum Verkauf:

Käsesorten

Romador-Käse in Stanniol, p. Stk. 0.20

Camembert-Käse i. Schachteln, 50%
Fettgehalt per Schachtel 0.35

Tilsiter Käse, saftig u. mild, per Pfd. 1.00

Edamer Käse 1.10

Schweizer Käse, saftig, weich p. Pfd. 1.60

für

Wurstwaren

gelten die billigen Preise der Vorwoche.

Spezialität:

Berliner Mettwurst (Rielbasse) p. Pfd. 1.40

Holsteiner Dauerwurst 1.80

Einen Posten

Dauerwurst

gute Ware, verkaufe ich

das Pfund zu nur Mk. 1.45

Sobald eingetroffen!

Sprossen

frische Räucherung, das Pfd. zu nur 0.44

Seringe in Gelee

die 1/2-Liter-Dose 0.49

die 1/4-Liter-Dose 0.88

u. a. m. 10515

Verkauf u. Versand nur Albrechtstr. 56

2. Beilage zur Volkswacht

Aus Schlessen.

Behandlung der Notstände in Nieder- und Oberschlesien.

Die preussische Regierung hat eine Zusammenstellung der Notstände in den Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien gemacht. Sie betrifft das Wohlfahrtswesen, die Wohlfahrtspflege, Bahnwesen, kaufmännische Maßnahmen gegen Abbau von Elektrizitätswirtschaft, Steinlohlen-Industrie, Gewerbe, Vergebung von Reichs- und Staatsaufträgen, Siedlungswesen, Landwirtschaftliches Bildungswesen, Schulwesen und soziale Hilfe. Wir werden auf die Zusammenstellung, die eine interessante Übersicht über positive Ergebnisse von Beratungen und Anregungen des Ausschusses des Preussischen Landtages auf der anderen Seite aber erkennen läßt, wie viel mehr die Behandlung der sozialen und kulturellen Not des Ostens noch zu tun hat, noch zurückkommen. Erwähnt sei aus der Zusammenstellung, daß im Jahre 1924/25 in Oberschlesien 21 Millionen, in Niederschlesien 26 Millionen aus öffentlichen Mitteln für Wohnungsbauwesen zur Verfügung gestanden haben, darunter die Mittel inbegriffen, die die Provinzen aus den Auswärtigen erhalten haben. Oberschlesien hat das Fünftfache, Niederschlesien das Doppelte dessen, was dem staatlichen Auswärtigen erhalten, was es an den Fonds abgeführt hat. In beiden sind in der Summe für Oberschlesien 5 Millionen Reichsmittel enthalten.

Für verstärkte Förderung von Rohlandsarbeiten hat jede der beiden Provinzen 1,5 Millionen, zur Förderung von Landwirtschafteleistungen 2 Millionen, Niederschlesien 1,5 Millionen erhalten. Ergänzungszuschüsse für leistungsschwache Kulturbünde sind nach Oberschlesien in Höhe von 2,7, Niederschlesien 2,6 Millionen Mark gegeben worden; an Schulbauförderungen sind nach Oberschlesien 260.000, nach Niederschlesien 200.000 Mark gestiftet.

Der Untersuchungsausschuss des Landtags für Ostfragen wird sich Freitag mit der Denkschrift beschäftigen. Bei seiner letzten Sitzung nahm der Ausschuss einen Antrag an, der von der Regierung die Vorlegung eines Programms der geplanten Maßnahmen zur Erhebung und Förderung aller Belange der beiden Provinzen fordert.

Barocksch. Tot aufgefunden. Auf der Straße Breslau-Ost wurde unweit der hiesigen Station von einem Kollisionswagen die Leiche eines etwa 20-jährigen jungen Mannes gefunden. Der Körper war vom Zuge quer durchschnitten worden. Im Fall über Selbstmord vorliegt, ließ sich bisher noch nicht feststellen.

Maßnahmen, Kreis Niesky. Fürstenauszug und die des Volkes war das Thema unserer am Montag abgehaltenen Versammlung. Von nah und fern waren Genossen und Genossinnen erschienen, um darüber Aufklärung zu erhalten. Obwohl unsere Gegner mächtige Gegenagitation betrieben haben, so hat der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Als Referent war der Vorsitzende Herr Werner erschienen. Er verlas es vornehmlich, an Hand von Zahlen die ungeringsten Forderungen der Arbeiter zu schildern, was unter den Versammelten eine große Erregung gegen die Raubgierigen hervorrief. Sollten in den nächsten Tagen solche übrige Millionen vorhanden sein, so wäre es dem Arbeiter, die Not der Allgemeinheit und die Wohnungsnot zu lindern. Für diese Kriegsschuldigen haben wir keinen Platz übrig! Hier heißt es eben, von Seiten der Partei mehr Verantwortung unter die Volkstreife zu tragen, da gerade auf dem Wege das Volk durch die nationalen Käseblätter verdummt wird. In jedem pflichtbewussten Arbeiter gilt darum die Parole: "banniert die Volkswacht", tretet ein in die Partei und verachtet euch bei der Volkswacht!" Mit einem dreifachen Hoch auf die SPD. schloß die Versammlung. Ein jeder ging mit dem Wunsche nach Hause, daß die Fürstenabfindung, sondern die Enteignung Geseh werde.

Nieder-Mit-Borslau, Kreis Wohlau. Wieder ein Unfall beim Transport von Baumstämmen. Hier geschah, ähnlich wie in Tannenberg im Culmgebirge, ein Unfall. Es wurden Stämme mittels Räder nach Wohlau gebracht. Auf dem Wege brachen die Rungen und eine Eiche fiel herunter. Ein nebenhergehender Arbeiter, der nach links ausweichen wollte, fiel die Eiche auf den Rücken. Glücklicherweise war sie nicht tief genug, so daß der Arbeiter mit gequetschten Rippen davonkam.

Trebnitz. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der nach Dels führenden Chauffee. Unweit des Dorfes Oberglauche begegnete ein Radfahrer einem Auto, ersterer versuchte, über die Straße zu gelangen, wurde aber dabei vom Auto erfasst und überfahren. In den schweren Verletzungen, die er dabei erlitten hat, ist er bereits gestorben.

Schweidnitz. Wochenendkursus für den Unterbezirk Reichenaubach, Schweidnitz, Striegau des Arbeiter-Bildungsausschusses für Mittelschlesien am Sonnabend, den 20. Februar und Sonntag, dem 21. Februar, in Schweidnitz im Volksgarten (Alteutsches Zimmer). Beginn Sonnabend abends 7 Uhr. Vortragender Dr. E. Stein, Breslau, Thema: "Die Entwicklung des Arbeiterrechts in Deutschland." — Sonntag, Beginn früh 8 Uhr, Vortragender Dr. v. Grumbkow, Breslau, Thema: "Die Behandlung der Gegenwartsprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik." Die Mitglieder der Bildungsausschüsse, der Ortsausschüsse des A.O.S. sowie die Ortsvereine der SPD. sind hierzu eingeladen. Jeder Teilnehmer hat sich sofort anzumelden, ebenso ist anzugeben, ob er Nachmittags wünscht, im Unterbezirkssekretariat.

Reiße. Ein heldenmütiges Rettungswerk vollführte der 33 Jahre alte Arbeiter Johann Koleska in Neustadt. Dort brach die neun Jahre alte Schülerin Orsick auf dem Eise ein und verlor vor den Augen ihrer elfjährigen Schwester. Als diese Rettungsvorkehrung machte, brach auch sie ein und verlor. Beide Kinder, von denen nur noch die Hände aus dem Wasser ragten, rannten mit dem sicheren Tode, als Koleska hinzueilte, den Ertrinkenden nachsprang und sie trotz größter eigener Gefahr auch glücklich rettete.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Bezirksleitung Breslau-Land-Neumarkt.

Veranstaltungen in der Woche vom 12. bis 21. Februar.

Freitag, den 12. Februar.

Ortsverein Herrmannsdorf, abends 7 Uhr, bei Gabriel in Arnoldsühle, Appell.

Sonnabend, den 13. Februar.

Ortsverein Zimpel, abends 7 Uhr, bei Wittke in Zimpel, Generalversammlung. Ab 9 Uhr Familienabend. Alle Frauen mitbringen.

Freitag, den 19. Februar.

Ortsverein Dowitz, abends 7½ Uhr, in der Volkshalle zu Dowitz, Appell. Spieltheater um 8½ Uhr mit Instrumenten.

Sonnabend, den 20. Februar.

Ortsverein Klein-Sägewitz, abends 7 Uhr, bei Seidel in Radwanitz, Monats-Appell.

Sonntag den 21. Februar.

Ortsverein Klein-Gandau, nachmittags 2 Uhr, in unserem Vereinslokal, Monats-Appell. Vereinslokal nach Vereinbarung der letzten Sitzung.

Allen Kameraden wird es zur Pflicht gemacht, an den vorgeschriebenen Veranstaltungen sowie Appellen und Versammlungen teilzunehmen. Der Bezirksleiter.

Klettendorf. Gemeindevorstellung am 8. Februar. Der Gemeindevorsteher teilte mit, daß Herr Fleischmeister Bachold sein Mandat als Gemeindevorsteher niedergelegt hat. Er hat, daß ein Rohlandsarbeiten in Höhe von 10.000 Mark erworben worden ist. Es soll im Laufe des Jahres eine Turnhalle gebaut werden. Die Ausführung dieses Beschlusses hängt von der Höhe der Beiträge ab, die die Gemeindevorsteher. Die Regierung in Breslau verlangt, daß eine Lehrerstelle in eine Lehrerinnenstelle umgewandelt wird, weil auf Anordnung des Herrn Ministers bei Schulkindern von mehr als drei Lehrkräften unbedingt eine weibliche Lehrkraft angestellt werden muß. Ferner wird die Einrichtung der 8. Lehrerstelle (technische) gewünscht. Die Gemeindevorsteher hat beschlossen, der Regierung die Umwandlung einer Lehrerstelle in eine Lehrerinnenstelle mit Beginn des neuen Schuljahres vorzuschlagen und die Einrichtung der technischen Lehrerstelle im Laufe des Rechnungsjahres 1926/27 durchzuführen. Bei der Auswahl der wissenschaftlichen Lehrerin soll darauf Rücksicht genommen werden, daß die Lehrerin das Mädchenturnen und den Fortbildungsschulunterricht mit übernimmt. Zum Schließigen Landgemeindegang am 19. und 20. d. Mts. wird außer dem Gemeindevorsteher noch der erste Schöffe delegiert. Sollte der erste Schöffe verhindert sein, dann ist der Gemeindevorsteher ermächtigt, einen anderen Herrn zu bestimmen. Die Bezüge für die Schul-

reinigung wurden der Zeit entsprechend erhöht. Der Freien Turnerschaft wurde eine Beihilfe in Höhe von 35 Mark aus Staatsmitteln bewilligt. Zur Trodenfeuerung der Wohnungen und des Ladens in der Siedlung bewilligte die Gemeindevorsteherung 20 Zentner Koks. Der Invalide Oskar Kleinert, der zurzeit im Krüppelheim in Namslau ist, wünscht in ein Siedlungshaus untergebracht zu werden. Da eine Behandlung im Krüppelheim nicht mehr notwendig erscheint, wurde dem Gesuch zugestimmt. Der 33-jährige August Schröder wünscht eine einmalige Beihilfe. Mit Rücksicht darauf, daß in der Gemeinde eine große Zahl Erwerbsloser, Ortsarmer usw. vorhanden sind, die schließlich denselben Anspruch geltend machen können, lehnte die Gemeindevorsteherung gegen eine Stimme das Gesuch ab. Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

Brodau. In den Kreisen der Schwarz-Weiß-Koten hört man geheimnisvoll raunen: "Wieder haben dreißig wackere Streiter dem Stahlhelm den Rücken gekehrt. Wieder sind dreißig der Besten schmerzlich gemordet." Wir geben zu, daß diese Tatsache für die nationalistische Bewegung bedauerlich ist, begrüßen sie aber im Interesse der Deutschen Republik und freuen uns, daß das, was wir schon lange haben kommen sehen, in Brodau leider etwas spät, aber doch, eintritt. Es ist eine alte Tatsache: die Wahrheit läßt sich nicht verweigern, die Wahrheit bricht sich Bahn und läßt sich nicht aufhalten trotz geborgter Trommeln und Pfeifen, trotz Freiber und begeisterter Reden, die von Zeit zu Zeit von den nationalen Größen gehalten werden. Wir sind sogar der Meinung, daß auch die Größen der Bewegung in Brodau ihre Meinung wechseln werden, wie sie es ja schon so oft getan haben. Im Geiste sehen wir schon den Tag kommen, an dem der Stahlhelm und alle anderen nationalen Zirkel ad acta gelegt werden und glauben, daß die Zeit nicht mehr allzu fern liegt, wo es überall heißt: "Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!"

Kothfürben. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Gründungsfeier des Ortsvereins Kothfürben. Am Sonntag, den 24. Januar, wurden die Einwohner von Kothfürben in Aufregung versetzt. Von allen Seiten markierten Abteilungen mit Schwarz-rot-goldenen Fahnen, Trommel- und Pfeiferkorps durch die Dorfstraßen zum Bahnhof Kothfürben. Ihrem strammen Schritt und munteren Spiel merkte man nicht an, daß sie schon mehrere Stunden zu Fuß auf der glatten Landstraße unterwegs waren. Am Bahnhof begrüßten fröhliche "Freiheits" die mit der Bahn ankommenden Gäste. Dann bewegte sich ein riesiger Zug in musterhafter Ordnung durch das Dorf. Eine einzige Schwarz-rot-goldene Fahne grüßte den Umzug. Kothfürben hat ja auch bisher nicht gewußt, daß es in einer Republik liegt, deren Farben Schwarz-rot-gold sind, und der eine mächtige Schutzwache im Reichsbanner zur Verfügung steht. Das junge Banner Kothfürben hatte nicht erwartet, daß seine Gründungsfeier solche Anteilnahme bei den auswärtigen Kameraden finden würde, und mit Stauern haben wir die Einwohner von Kothfürben und Umgegend herbeigeholt. Der große Jacobische Saal war mit allen seinen Nebenträumen infolge dessen überfüllt. Als Vertreter des Hauses hielt Kamerad Schiffer eine glänzende Ansprache, die von den Anwesenden mit heller Begeisterung aufgenommen und durch lebhafteste Zwischenrufe unterbrochen wurde. Leider mußte uns ein sehr großer Teil der Gäste wegen Platzmangel frühzeitig verlassen. Die Zeit bis zur Abfahrt des letzten Zuges füllten die auswärtigen Gäste mit einer solchen Menge von ernsten und heiteren Vorträgen, daß die Abschiedsstunde viel zu schnell schlug. Ein heiteres, von den Kothfürbener Kameraden aufgeführtes Theaterstück wurde mit lebhaftem Beifall belohnt. Durch die überaus zahlreiche Beteiligung der Kameraden aus Breslau-Stadt und Land ist unsere Veranstaltung zu einer mächtvollen Kundgebung für die Republik geworden. Der Erfolg des ersten Republikanischen Tages in Kothfürben wird diesen Kameraden der schönsten Lohn sein. Den Hunderten von Frauen und Männern aus Kothfürben und Umgegend, die am Feste teilnahmen, wird dieser Tag unvergesslich bleiben. In der Zahl ist nun unser Banner eines der stärksten des Landkreises geworden. Es soll aber auch eine feste Säule der Republik werden. Kameraden, haltet treu zu unserer Fahne! Frei Heil!

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse

| | vom 11. Februar. | | |
|--------------------|------------------|----------------------|--------|
| 1 Pfund Sterling | 20,403 | 100 fr. Francs | 15,465 |
| 1 Dollar | 4,135 | 100 holl. Kronen | 12,415 |
| 100 holl. Gulden | 168,12 | 100 Schweizer Francs | 40,795 |
| 100 belg. Francs | 19,075 | 100 belg. Kronen | 56,16 |
| 100 norw. Kronen | 85,29 | 100 schwed. Kronen | 112,35 |
| 100 Dänzig. Gulden | 80,91 | 100000 ung. Kronen | 5,579 |
| 100 Lire | 16,93 | 100 öst. Schilling | 59,04 |
| 100 dän. Kronen | 104,07 | 100 Flotz | 56,60 |

8,90 10,90

Herrn-Rindbox-Stiefel gute, dauerhafte Verarbeitung

Damen echt Boxkalf-Hochschuifstiefel beliebte, runde Form

Damen braun Leder-Spangenschuhe mit Wildleder-garnitur, auf Rand genäht

Herrn-Rindbox-Schnürschuhe spitze und breite Form

Damen Ia Boxkalf-Schnürschuhe auf Rand genäht

Damen-Lack-Spangenschuhe mit französischem Absatz, sehr elegant

Wir gewähren auf sämtliche gefütterten und warmen Winterartikel 20% Rabatt

Klausner

in der
Tafel-Gasse

Bitte, benützen Sie den Fahrstuhl

Hauptgeschäft: Obauer Straße 24



Gewerkschaftsbewegung.

Aufreizende Tatsachen.

Wann kommt die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung?

Die Festsetzung eines einheitlichen Reichsbeitrages für die Erwerbslosenunterstützung in Höhe von 3 Prozent des Grundlohns ist, wie schon kurz berichtet, jetzt erfolgt. Damit wird im ganzen Reichsgebiet die höchstmögliche Belastung der Beitragspflichtigen erreicht. Reichsregierung und Reichsarbeitsministerium entscheiden eine bewundernswerte Flexibilität, wenn es darum geht, Reich und Länder bei der Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenunterstützung durch Beitragsentlastung zu entlasten.

Im Vergleich zu Großbritannien ist in Deutschland die Arbeitszeit länger, die Löhne und Gehälter sind niedriger, die deutschen Reparationsverpflichtungen werden mehrfach aufgezogen durch die Bezahlung der großbritannischen Staatsanleihen, und auch die gesamte soziale Belastung ist in Deutschland wesentlich niedriger, was am treffendsten illustriert wird durch einen Vergleich mit den Aufwendungen für die Erwerbslosen.

Nach einem Bericht des britischen Arbeitsministeriums von 6. November, Genf, in Nr. 1 der Wiener Zeitschrift „Arbeiterstimme“ vom 1. Januar dieses Jahres befreit, und insbesonders im Hinblick auf die Arbeitslosenversicherung (Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Staat) seit Mitte 1922 bis Ende 1924, also in 2 1/2 Jahren, eingenommen worden 2480 Millionen Mark. Der Staat ist daran beteiligt mit rund 650 Millionen; Gesamtmark; von den öffentlichen Verwaltungen wurden außerdem auf Grund des Artikels 41 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes rund 17 Millionen Mark in dieser Zeit aufgebracht.

Demgegenüber trägt die Deutsche Reichsarbeitsminister die Ausgaben für das Kalenderjahr 1925 für die Erwerbslosenunterstützung auf rund 230 Millionen Reichsmark. Großbritannien hat 1924 allein für die Unterhaltung der Erwerbslosen mehr als die Hälfte des Beitrages gebraucht, den Deutschland im Jahre 1924 für die gesamte Sozialversicherung mit Einschluß der Erwerbslosenunterstützung ausgeben hat.

Die Beitragsbelastung und Verteilung ist in Großbritannien, in deutscher Währung umgerechnet, pro Woche folgende:

| Männer | 77 | 52 | 2,14 |
|---------|----|----|------|
| Frauen | 68 | 43 | 1,71 |
| Knaben | 43 | 30 | 1,16 |
| Mädchen | 38 | 31 | 1,03 |

Wir stellen also fest, daß die relative Beitragsbelastung für den Arbeitnehmer in Großbritannien geringer ist. Die Unterstützung ist jedoch wesentlich höher. Der männliche Arbeitstote erhält in Berlin bei einem Alter über 21 Jahre 9,75 Mark pro Woche, in Großbritannien 18 Mark pro Woche. Der verheiratete Arbeitstote ohne Kinder erhält in Berlin 18,05 Mark, in Großbritannien 23 Mark pro Woche. Der verheiratete Arbeitstote mit zwei Kindern erhält in Berlin 17,70 Mark, in Großbritannien 27 Mark pro Woche.

Wer wagt es angesichts der angeführten Tatsachen zu behaupten, daß eine Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen und die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung irrtümlich und notwendig ist?

Herabsetzung der Löhne.

Stwas anderes wissen sie nicht.

Essen, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Donnerstagsabend der Tarifgemeinschaft für die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie wurde über das von Arbeitgeberseite geforderte Lohnsenkung verhandelt. Die Arbeitgeber fordern eine Herabsetzung der Löhne der Hilfsarbeiter von 55 auf 50, der Facharbeiter von 70 auf 65 Pf., eine Kürzung der festen Zulagen der Arbeiter von 14 bzw. 16 Pf. auf 9 bzw. 11 Pf. Sie schlugen vor, eine neue Vereinbarung über den Urlaub ohne Kündigung des Rohmaterialien zu treffen. Die Gewerkschaften beantragten Verlagerung der Verhandlung, damit sie mit den Kreislagen der Mitglieder zu den Forderungen der Arbeitgeber Stellung nehmen könnten. Fortsetzung der Lohnverhandlungen am 18. Februar.

Kündigungen.

Die niederrheinische Flachspinnerei in Dülken hat wegen der ungünstigen Wirtschaftslage der gesamten Arbeiterchaft, etwa 480 Arbeitern, gekündigt. Es soll keine Aussicht bestehen, das Werk vor Ablauf eines Vierteljahres wieder in Betrieb zu setzen.

Künftige Gewerkschaftsjorgen.

Das Plenum des Zentralrates der russischen Gewerkschaften ist zu einer Tagung zusammengesetzt. Der Vorsitzende Komsski eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Rede über die vorliegenden Aufgaben, aus denen wichtigste er die Bewirklichung der vom 14. Kongreß der R.R. der Gewerkschaften gegebenen Vorschriften bezeichnete. Das Plenum konnte allerdings nur Richtlinien entwickeln, die eigentliche praktische Arbeit werde Jahre erfordern. Eine besondere Sorge bilde die Frage der Arbeitslosigkeit; die Zahl der Arbeiter sei stark gestiegen, gleichzeitig aber auch die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder von 600 000 auf 800 000. Komsski hob hervor, daß die Gewerkschaften ihre Hauptarbeit entweder ungeschickt oder schlagartig betreiben, wogegen nunmehr Maßnahmen ergriffen werden müßten.

Die Einbeziehung des Krankenpflegepersonals unter die Unfallversicherungsgegesetzgebung

Von H. B. Pache, Breslau.

Mitglied des Kuratoriums der holländischen Krankenkassen. Im schweren Dienste um das Wohl des kranken Menschen ist bis heute das Krankenpflegepersonal ausgeschlossen von den Versicherungsbestimmungen der Gewerbe-Unfallversicherung. Während der § 267 der R.V.G. (Reichsversicherungsordnung) den Umfang der Versicherung auf bestimmte Betriebe und Gewerbe beschränkt, sind im Absatz 4 betreffend die Betriebsarten nur Zahnärztl. genannt, das gesamte Krankenpflegepersonal ist somit ungeschützt und unversichert. Während Arbeiter, die in Fabriken und anderen Betrieben einer regelmäßigen Einrichtung bestimmter gewerblicher Tätigkeit (Blei, Quecksilber, Arsenik usw.) unterliegen und sich dadurch eine Berufsunfähigkeit aussetzen, durch die Unfallversicherung geschützt sind, ist der Krankenpfleger, die

Wegfall, die sich durch Lungentuberkulose, Syphilis, Typhus, Grippe, Ruhr, Scharlach usw. infiziert und erkrankt, schlos dem Schicksal preisgegeben. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Vor allem ist unzulässig nachgewiesen, daß Unfälle allgemeiner und besonderer Art im Krankenhaus ebenso häufig als in einem anderen versicherungspflichtigen Betriebe vorkommen. Weiter erhöht die eigenartige Tätigkeit (im Krankenhaus zum Beispiel), aber auch der fortschreitende Umgang mit ansteckungs-fähigen Kranken die Unfall- und Ansteckungsgefahr in so hohem Maße, daß im Sinne des Gesetzes von einer Berufsunfähigkeit gesprochen werden muß. Es ist schäufelnd und daher außerordentlich wertvoll, daß diesen Fragen seitens fortschrittlich gesinnter Ärzte, Behörden ein besonderes Interesse zugewendet wird, das heißt Mittel und Wege gesucht und ausgearbeitet werden, um die Gefahren auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken; unvermeidliche Schädigungen aber zu beheben und bei eintretender Erwerbsbeschränkung oder Invalidität ausreichend für die Betroffenen zu sorgen. Es liegt auf der Hand, daß in der Krankenpflege im allgemeinen alle Personen, die sich, wie die Ärzte, mit der Behandlung oder, wie das Pflegepersonal, mit der Ausführung der Verordnungen, Pflege und Wartung der Kranken von Berufs wegen zu beschäftigen haben, in erhöhtem Maße mit Ansteckungsstoffen in engste Berührung kommen. Für das Pflegepersonal wird die Infektionsgefahr aber noch dadurch gesteigert, daß es stunden-, tage-, wochenlang (abgeschlossene Infektionsabteilungen) in enger räumlicher Gemeinschaft mit den Kranken zubringen, häufig berühren und Ausscheidungsstoffe beiseite zu tun.

Große Bedeutung ist daher der Broschüre über die „Anfallgefahren des Krankenpflegepersonals“ (herausgegeben von der Reichsaktion Gesundheitswesen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter) zuzuschreiben, die erstmals den Laien im allgemeinen über den Stand der Dinge aufklärt, zweitens aber, und darauf kommt es an, Tatsachenmaterial aufweist, das unsere Vertreter als Stadtverordnete, Magistrats-, Kreis-, Provinzialmitgliedern zwingt, endlich von diesen Stellen aus die Einbeziehung des Krankenpflegepersonals unter die Unfallversicherung durchzusetzen.

Am 15. November 1924 bereits erließ der preussische Minister für Volkswohlfahrt einen Rundschreiben an die Provinzen, worin er nicht nur der Hand zu weisenden Forderung, das Pflegepersonal unzweifelhaft unter die Unfallversicherung zu stellen, Rechnung getragen worden ist. Von dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter wurde am 11. März 1925 ein entsprechender Antrag an den Deutschen Reichstag gestellt. Am 26. Juni 1925 voranschickte der Reichstag die Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes, ohne eine Erweiterung des Kreises der Versicherten und damit eine Einbeziehung des Krankenpflege-

Wirtschaft.

Gegenrevolution im eigenen Hause.

„Die Gegenrevolution wird kommen, aber nicht mit den Waffen, sondern mit dem Geist.“
Generaldirektor Bögl, W. d. R., in einer Ansprache Februar 1919 in Dortmund.

Auch diese Geschichte beginnt sehr einfach: Während der jüngst vergangenen Tage sind die Aktien des Siemens und Halske-Schneider-Konzerns im Kurse gestiegen. Die Börse ist die Göttin des Kapitals, bei ihr geschieht nichts umsonst. Welchen Grund hat also die Steigerung der Siemens-Aktien? Gehört Siemens nicht zur Siemens-Halske-Union, zur gewaltigsten Gründung des verstorbenen Hugo Stinnes? Daran denkt heute kaum noch jemand. Aber es waren große Tage, als am 30. September 1920 ein Unternehmen unterzeichnet wurde, das die Gruppe Siemens-Schneider mit der Gruppe Bochumer Verein, Gelsenkirchen und Deutsch-Luzemburg zusammenwarf. Die Dachgesellschaft, die an jenem Tage offiziell ins Leben trat, trug stolze Züge, wie eine Pyramide der Pharaonen. Der Vertrag und die Gründung war bis zum Jahre 2000 gefestigt! Damals stand der Gott Stinnes mit dem Kopf bis in die Wolken, und Herr Bögl war sein politischer Prophet, ebenso wie Herr von Siemens der demokratische Anführer dieser neuen Höhenarbeit wurde. Nach und nach führte durch, daß die Gewinne des Bochumer Vereins, von Gelsenkirchen und Deutsch-Luzemburg für die Zukunft zusammengelegt werden sollten. Ueber die Eingliederung des Siemens-Schneider-Konzerns in jene Abmachung wurde damals zwar viel geredet, aber die Tatsachen, aus denen Schlüsse gezogen werden konnten, blieben doch recht spärlich. Das folgende wurde bekannt: Man taufte den Vorstand- und Aufsichtsratsmitglieder aus. Man gab sich gegenseitig Vorgesandten. Es wurde eine schließliche Gewinnverteilung vorgeesehen. Die Firma Siemens u. Halske sollte alljährlich vom Gesamtgewinn, den man gleich 345 annahm, hundert Anteile erhalten. Im übrigen wollte man selbstverständlich den Konzernbedarf decken.

Was wurde nun aus dem Pläne, der bis zum Jahre 2000 voranzugedacht war? Das Gespenst der Inflation wurde ertragen, es schien sogar auch den Siemensbetrieben gut zu bekommen. Dann aber kam, abgesehen davon, daß Hugo Stinnes starb, die große Gegenrevolution. Sie kam, wie Herr Bögl ganz richtig gesagt hatte, nicht mit den Waffen, sondern mit dem Geist. In die Siedle der Finanztransaktionen und der Handelsgeschäfte — den kapitalistischen Waffen der Inflationzeit — trat jetzt die Durchdringung des Produktionsprozesses, die Neuorganisation der Betriebe, der Geist der Wirtschaft forderte gerade sein Recht. Aus den gigantischen Plänen, die bis zum Jahre 2000 reichten, wurden bei kritischer Auswertung des Geistes naive Spekulationen langjähriger und überheblicher Wirtschaftskapitäne. Diese Herren verstanden sich zwar zu retten, und sie verstanden es, die öffentliche Schicksalsmachung ihrer falschen Dispositionen jahrelang zu verheimlichen. Die Reichsbank kam ihnen mit den wichtigsten Krediten entgegen, die Reichsregierung schenkte ihnen Hunderte von Millionen, den Arbeitern wurde der Achtundzestag genommen. Keine andere Industrie ist in Deutschland während der jüngst vergangenen Jahre so bevorzugt, so oft begünstigt und gewettet worden, wie die Schwerindustrie Rheinland-Westfalens! Es hat doch nichts genützt. Der Zwang des neuen Geistes war zu hart. Ein gewaltiger Schrumpfungs- und Neugliederungsprozess ist im Gange. Die Herren Unternehmer lernen langsam wieder rechnen, sie werden etwas bescheidener. Für uns alle wäre es besser, wenn dieser Ausflus zunehmender Wirtschaftserkenntnis schon vor zwei Jahren merktbar geworden wäre. Aber, wie schon

personals vorzusehen. Der Bevölkerungspolitische Ausschuss Reichstages, hatte eine Resolution vorgelegt, die dahin lautete: Die Regierung zu erlösen:

... sobald als möglich einen Gehaltswurf vorzunehmen, durch den die Versicherungspflicht auf zeitlich noch nicht versicherungspflichtige Betriebe und Tätigkeiten ausgedehnt wird, die mit einer besonderen Unfallgefahr verbunden sind. Nach einer Umfrage in 550 Kassen des Reichsbundes sind 123 Anstalten das Pflegepersonal gegen Unfall nicht versichert, 61 Anstalten gegen Unfall versichert.

61 Anstalten gegen Unfall nur zum Teil versichert. Diese verteilen sich auf die Nahrungsmittele-Berufsgenossenschaft Mannheim, Wäscherei- und Bekleidungs-Berufsgenossenschaft Nordöstliche Stahl- und Eisen-, Knappheits-Berufsgenossenschaft.

Nicht nur sind Unfälle durch Infektion (Ansteckung) sondern auch solche durch Angriffe Geisteskranker. Nach dem Rat Dr. Bresler (Zeitschrift „Zentralblatt“ Nr. 6, 1924) seien tödlich verlaufene Fälle ermittelt. In gleicher Weise wird mitgeteilt, daß in der Landesirrenanstalt Bielefeld bei einem durchschnittlichen Bestande von 300 Kranken in einem Zeitraum von fünf Jahren 87 Angriffe Kranke auf Pfleger, 14 auf Oberpfleger und 114 auf Pflegerinnen zu verzeichnen sind. So hat jedes Krankenhaus, Anstalt usw. seine besondere Gefahr in Bezug auf Unfälle des Pflege- und Hilfspersonals. Der Betriebsrat neben den Betriebsleitungen ist es, die Unfälle zu registrieren, um Unterlagen für den weiteren Kampf Einbeziehung unter die Unfallversicherung zu sammeln. Was das Betriebs-, Küchen- und Wirtschaftspersonal in dieser Beziehung bereits gibt, muß auch für das Pflegepersonal geführt werden.

Darüber hinaus beachte man auch im Krankenhaus folgende Punkte sehr genau:

1. Man beachte jeden, auch den scheinbar geringfügigen Unfall.
2. Man schreibe sich Ort und Zeit des Unfalls sofort oder beauftrage den nächsten Mitarbeiter mit der Pflicht.
3. Sind zufällig keine Augenzeugen vorhanden, so bestimme man den nächsten Mitarbeiter über den Unfall.
4. Dem erstbehandelnden Arzt ist sofort Mitteilung über den Unfall zu machen, auch den später behandelnden Arzt.
5. Man verweigere sich, daß der Arbeitgeber (Pflichtleiter) den Unfall angemeldet hat. Ist nach einiger Zeit noch keine Untersuchung des Unfalls vorgenommen, so melde man den Unfall selbst an.

Nichtwendig ist noch, bei Beschränkung des Rechtsweises, Fristen zu beachten, um der Verjährung vorzubeugen. Doch über geben die Arbeitersekretariate Auskunft.

gejagt, gelang es den Industrieherrn damals, den Schiefer in ihre Dummheit zu werfen.

Jetzt ist die Gegenrevolution da! Der Siemens u. Halske Konzern will aus der Rhein-Elbe-Union aussteigen. Es lautet, daß die Siemens-Werke sich sogar rückwirkend für Jahr 1925 aus dem Vertrage freizumachen vermocht haben, fernerzeit bis zum Jahre 2000 geschlossen worden ist. Damit ist auf der Börse große Freude. Die Elektrizitätsindustrie, damit Siemens u. Halske ebenfalls, hat ja Hochkonjunktur, aber die Rhein-Elbe-Union in alter Form als Interessengemeinschaft bestehen, so verschwänden die Siemensgewinne in die Union-Löpfe. Das soll nun nicht der Fall sein, deswegen Kurssteigerungen. Aber das ist nur die Oberfläche. Viel wichtiger ist, daß Siemens u. Halske sich dafür noch Vorteile erheben haben, wenn sie aus der Interessengemeinschaft Rhein-Elbe-Union herausgehen. Sie muß nachgeben, denn sie ist in dem neuen Montanvertrag aufgehen. Siemens u. Halske wollen auf dem Gebiete der elektrischen Wasserkraft Monopol haben. Das Werk Gelsenkirchen-Schäfer der Rhein-Elbe-Union hat bisher ebenfalls auf dem Gebiete der elektrischen Wasserkraft gearbeitet. Jetzt hat Gelsenkirchen auf seine geltend Rechte auf diesen überaus zukunftsreichen Gebiete unentgeltlich zugunsten von Siemens verzichtet.

Herr Bögl muß damit erleben, daß er mit seiner Bewegung von 1919 zwar Recht behalten hat, aber in ganz anderem Sinne, als er damals meinte. Er wird sich damit abfinden müssen, daß der Geist der Gegenbewegung gegen die wirtschaftliche Beschränkung des deutschen Unternehmertums aus empörenden Ziffern der Arbeitslosigkeit — die auch eine Folge der Sünden der Unternehmer sind — noch mächtiger emporkommt. Der neue Geist wird aber erst dann sein Ziel erreicht haben, wenn er nicht nur die wirtschaftspolitische Beschränkung der Unternehmer beseitigt, sondern sie auch selbst überflüssig gemacht hat.

Genossenschaftswesen.

Erhöhte Umsatzzahlen.

Zur Wochenumsatzstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berichteten im Monat Dezember vorigen Jahres der rechnerisch fünf Wochen umfachte, 57 Konsumgenossenschaften mit 187784 Mitgliedern. Zur Berichterstattung sind nur die größten und größten Konsumgenossenschaften herangezogen worden. Die Gesamtzahl der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften betrug 1038, deren Mitgliederzahl 3 505 839. Der Dezember hat einen Umsatz gebracht, der höher ist als je zuvor. Der Gesamtumsatz betrug in den fünf auf den Dezember entfallenden Wochen 45 Millionen Mark. Den höchsten Umsatz brachten die Wochen vom 14. bis 19. Dezember und 21. bis 26. Dezember, nämlich 9,7 Millionen Mark bzw. 9,9 Millionen Mark. In den beiden vorhergehenden Wochen stand der Umsatz betragsmäßig höher als in den früheren Monaten, nämlich auf 8,9 Millionen Mark und 8,8 Millionen Mark, während beispielsweise im November in keiner Woche mehr als 8 Millionen Mark umgewandelt wurden. In allen Konsumvereinen ist gegenüber dem Monat wie gegenüber dem Dezember des Vorjahres eine wesentliche Zunahme des wöchentlichen Durchschnittsumsatzes zu verzeichnen. Im Zentralverbandsdurchschnitt beträgt diese Zunahme gegenüber dem Vormonat 0,73 Mark und gegenüber dem Dezember des Vorjahres 0,82 Mark.

Gibt Eure Anzeigen der Volkswacht.



Teilzahlung

Kaufe gleich * zahle später
Herren-Moden
Damen-Moden
Maß-Abteilung
für Damen und Herren:
Deutsche und original englische Stoffe unter Garantie für gute, Sitz und beste Verarbeitung.

Zu unseren niedrigen Preisen!

1/4 Anzahlung
Ein Viertel der Kaufsumme
Restbetrag in 6 bequemem Monatsraten
Besamte u. Angestellte in reichlich. Stellung erhalten aus. Waren ohne Anzahlung.

38/40

Deutsche Bekleidungsgef. Breslau
direkt am Christophorplatz gegenüber der Raiffeisenbank

